

Die Geschichte der "Bajuwarischen Befreiungsarmee" des Franz Fuchs



Ein Rückblick in Form der aneinandergereihten, leicht gekürzten Berichte aus der ANTIFA-INFO-CHRONIK von den ersten Anschlägen bis zum Tode des Bombers in der Haftanstalt und über einige nachfolgende Ereignissen

1993, in Österreich beginnt eine Serie von Briefbombenanschlägen:	2
Die Bombe von Oberwart	6
Der erste Briefbombenprozess - die Angeklagten sind keine Bomber, nur Nazis	10
Der Briefbomber wird gefasst	15
Der Prozess gegen Franz Fuchs	20

1993, in Österreich beginnt eine Serie von Briefbombenanschlägen:

3.Dezember 1993: In Österreich beginnt eine Terrorserie gegen Personen, die im Bereich der Ausländerbetreuung engagiert sind. Erste Opfer sind die ORF-Moderatorin Silvana Meixner und der Hartberger Pfarrer Janisch, die durch Briefbomben verletzt werden. Eine Bombe, die für Caritas-Präsident Schüller bestimmt ist, wird rechtzeitig entdeckt.

5.Dezember 1993: Der Wiener Bürgermeister Zilk wird durch eine Briefbombe schwer verletzt. Bomben, die für den Obmann des slowenischen Vereines *Artikel VII*, Wolfgang Gombocs, und für die Grün-Politikerin Madeleine Petrovic bestimmt sind, können rechtzeitig entdeckt werden.

6.Dezember 1993: In einer Wiener Rechtsanwaltskanzlei explodiert die nächste Bombe. Sie war an einen türkischen Verein gerichtet, der inzwischen in Konkurs gegangen ist, die Briefbombe landet so beim Masseverwalter und verletzt eine Angestellte. Bomben an Terezija Stoisits (Grüne Minderheitensprecherin) und Frauenministerin Dohnal können rechtzeitig entschärft werden. Die Bomben sind von Briefen begleitet mit dem Satz *"Wir wehren uns. Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg"*.

7.Dezember 1993: Selbst die anfangs mit ihren Einschätzungen sehr vorsichtige Staatspolizei ist nun eindeutig der Meinung, dass der oder die Attentäter im rechtsextremen Lager zu suchen sind. Lediglich die Kronenzeitung sucht sie immer noch in serbischen Geheimdienstkreisen, wie einem *besonderen Kommentar* zu entnehmen ist. Am nächsten Tag nimmt man vor allem Haider in Schutz, es sei grotesk, *"der FPÖ im allgemeinen und Jörg Haider im speziellen die alleinige Schuld am Bombenterror in die Schuhe zu schieben"*, schreibt Peter Gnam. Wer, bitte, hat der FPÖ & Haider die ALLEINIGE (!!!) Schuld am Bombenterror gegeben?

Haider selber verspricht verbale Zurückhaltung und lässt FPÖ-seitig die ausgesetzte 300.000 Schilling Belohnung verdoppeln.

Am 9.12. verdächtigt die Kronenzeitung einen türkischen Asylanten als Bomberverschicker. Manche Leser warten gespannt, ob demnächst die geheimen jüdisch-bolschewistischen Hintermänner entlarvt werden...

8.Dezember 1993: Um 11h findet in ganz Österreich eine *Bedenkminute* statt. Vizekanzler Busek verkündet *Zehn Gebote für Sicherheit, Stabilität und politische Kultur in Österreich*: Das Vertrauen in die Republik stärken, den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl der Sicherheit zu geben, das Gewalklima abzuwenden, die Ordnung des Staates zu gewährleisten, die Verrohung der politischen Sitten zu verhindern, eine wirksame Landesverteidigung zu sichern, die internationale Kriminalität fernzuhalten, soziale und wirtschaftliche Sicherheit auszubauen, die Solidarität zu stärken, kein politisches Kleingeld aus den Attentaten zu schlagen.

9.Dezember 1993: Zwei Rechtsextremisten aus dem VAPO-Umkreis werden festgenommen.

10.Dezember 1993: Die beiden Festgenommenen stammen aus Küssels VAPO. Sie werden als der 28jährige Elektrotechniker Peter Binder und der 26jährige Ex-Söldner Alexander W. bezeichnet. Noch ist der genaue Tathergang und die Beteiligung weiterer Personen ungeklärt.

13./14.Dezember 1993: Die Festnahme von Franz Radl junior und senior scheint vorerst einen Schritt vorwärts bei den Ermittlungen in Sachen Briefbombenterror zu bedeuten. Der Junior ist einschlägig vorbestraft und auch der Senior (im Gegensatz zu den Behauptungen in verschiedenen Medien) scheint durchaus kein unbeschriebenes Blatt zu sein.

(Das ANTIFA-INFO hatte in der Nr. 25 vom September 1987 folgenden Bericht abgedruckt: *DER ALLTÄGLICHE FASCHISMUS - Rechtsextreme Propaganda im Bahnhofrestaurant - Wenn ein Oberösterreicher Urlaub macht und aus der "Heimat des Führers" in die Ferne reist, so braucht er doch den Geist von gestern nicht zu vermissen. Er fährt z.B. nach 8350 Fehring in der Steiermark und geht bei Gelegenheit auch in das dortige Bahnhofrestaurant. Hei, wird dort jeder zünftige Rechtsextremist seine Freude haben! Stoßweise liegen die verschiedensten Neonazi-zeitschriften und andere rechtsextremistische Schriften auf, von der bekannten Zeitschrift "MUT" liegen ganze Jahrgänge herum, zerblättert und zerlesen von Schülern und Lehrlingen, die im Bahnhofrestaurant ihre Wartezeit verbringen. Und dass dies kein Zufall ist, beweist ein Leserbrief in einer der aufliegenden MUT-Nummern: "Da ich ihr ausgezeichnetes Magazin noch mehr Landsleuten zugänglich machen will, ersuche ich Sie, mir ab Jänner 1986 monatlich zwei Exemplare von "MUT" zu senden. Franz Radl". Und wer ist der "Franz Radl"? Erraten! Der Pächter des Bahnhofrestaurants von Fehring!*)

17.Dezember 1993: Keine Hilfe von der STAPO für die Grünen. Peter Pilz geht an die Öffentlichkeit, dass man von staatspolizeilicher Seite trotz einer langen Liste von Morddrohungen gegen Politikerinnen und Politiker der Grünen nicht einmal zu einem Sicherheitsvortrag bereit gewesen sei. Der Innenminister antwortet, der Grüne Klub sei mit Sicherheitsinformationen versorgt worden.

19.Dezember 1993: Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel besucht Bürgermeister Zilk im Krankenhaus.

20.Dezember 1993: Ein von einem Amateurfunker abgehörter Funkspruch mit einer Morddrohung gegen Caritaspräsident Schüller veranlasst diesen sich aus der Öffentlichkeit zurückzuziehen, da er sich von der STAPO im Stich gelassen fühlt.

22.Dezember 1993: Die Sicherheitsbehörden geben an, die Drahtzieher der Briefbombenanschläge, aber nicht den Bombenbastler selbst, ermittelt zu haben. Bei den Festnahmen gab es offensichtlich Vorwarnungen für die Rechtsextremisten, wie Ausräumungsspuren bei den Hausdurchsuchungen ergaben. Der Bombenbastler wird als pedanter Arbeiter mit ausgezeichneten physikalischen und chemischen Kenntnissen bezeichnet, Bomben dieser Bauart sind bisher in der Terrorszene noch nirgends aufgetaucht. Die zehn Bomben sind in einer Aktionswoche mit dem Motto "Freiheit für Küssel" verschickt worden und könnten sich auf die zehn Haftjahre für den österreichischen Naziführer beziehen.

17.Jänner 1994: Der im Zusammenhang mit den Briefbombenanschlägen festgenommene H.G. Ley wird aus der Untersuchungshaft entlassen, nach der Entlassung von Radl sen. sind somit noch Peter Binder, Alexander Wolfert und Franz Radl jun. in Haft. Der Küssel-Stellvertreter Endres bleibt aus anderen Gründen in U-Haft

20.Jänner 1994: Bürgermeister Zilk wird aus dem Krankenhaus entlassen und tritt wieder seinen Dienst an.



23.Jänner 1994: Innenminister Löschnak in der TV-Pressesunde. U.a. weist er daraufhin, dass Kontakte zwischen einem der Verdächtigen und dem Ehemann der nö. FPÖ-Abgeordneten Rosenkranz bestehen, was alsbald heftige Proteste der FPÖ ("Sippenhaftung") hervorruft. Man sei von der Stärke der rechtsextremen Szene "überrascht" worden.

30.Jänner 1994: TV-Pressesunde mit FPÖ-Generalsekretär Meischberger. Innenminister Löschnak sei bei den Briefbombenattentaten nachlässig gewesen.

24.Februar 1994: Briefbombenopfer und Flüchtlingspfarrer Janisch bittet in einem Brief an den Innenminister um einen Gnadenakt für ca. 4.000 illegal in Österreich lebende Ausländer.

18.April 1994: Profil berichtet über den Ermittlungsstand in Sachen Briefbombenanschläge. Nicht der früher verdächtige Ekkehard Weil gelte jetzt als noch nicht ausgeforschter möglicher Tatbeteiligter, sondern man habe zwei andere deutsche Staatsbürger im Visier. Der schon in der DDR wegen nazistischer Betätigung vorbestrafte Bendix Wendt alias "Dr. Vanda", der als Sprengstofffachmann gilt und der 41jährige Peter N., Diplomingenieur der Chemie, nach dem die deutsche Polizei zur Zeit vergebens fahndet.

18.April 1994: Innenminister Löschnak bestätigt den Bericht im Profil über den Ermittlungsstand zum Briefbombenterror. Gegen die Hauptverdächtigen Österreicher Binder, Radl und Endres werde Vollanzeige erstattet. Ob den verdächtigen Deutschen eine Mittäterschaft nachgewiesen werden könne, sei fraglich.

20.Juni 1994: Die Anklagen wegen der Briefbombenanschläge vom Vorjahr sollen noch im Sommer fertiggestellt werden. Der Untersuchungsrichter und der Staatsanwalt dieses Verfahrens wurden wiederholt schriftlich und telephonisch bedroht. Die Ermittlungen gegen verdächtige Mittäter aus Deutschland hat bisher noch zu keinen ausreichenden Beweismitteln geführt.

24.August 1994: Die Bombe, die vor der zweisprachigen Volksschule in Klagenfurt gefunden wird und mehrere Polizisten zum Teil schwer verletzt, zeigt wieder einmal mit aller Deutlichkeit die große Augenklappe der Sicherheitsbehörden über dem rechten Auge. Mit überschlagentem Eifer wird betont, es gäbe keine Hinweise, dass der Anschlag aus der rechten Szene komme, viel eher hält man das "Rotlicht-Milieu" für verdächtig. Ein ermittelnder Stapo-Mann zeichnet sich durch besondere Scharfsicht aus, er fragt in der betroffenen Schule, ob die Zweitsprache Englisch oder Französisch sei. Kärntner Slowenen? Offenbar noch nie gehört. Mit solch hochqualifizierten Fachleuten ist es für das Innenministerium selbstverständlich überhaupt kein Problem, dem Terrorismus in Österreich zu Leibe zu rücken. Bräuchte sich bloß der Bombenbastler selber in die Luft zu sprengen, schon könnte es sein, dass man ihn identifiziert...

25.August 1994: Haider will zum Klagenfurter Bombenanschlag auch "linke Kreise" nicht ausschließen. Im ORF-Sommergespräch verbreitet er überhaupt gleich die Theorie, rechtsextremistische Aktionen könnten linke Provokationen sein. Dazu zitiert er Hans Weigel, der jüdischer Herkunft und ein engagierter Antikommunist war: *"Wenn ich Kommunist wäre, würde ich nachts heimlich Hakenkreuze malen..."* Wieder einmal verkündet Haider auch, er habe dazugelernt: *"Ich will nicht mehr der Oppositionelle sein, auf den jeder hinhalten kann. Ich glaube, ich komme jetzt in eine Phase, wo ich sehr gefordert sein werde."*

26.August 1994: Die Aussagen Haiders in den Sommergesprächen rufen empörte Stellungnahmen hervor.

2.September 1994: ÖVP und Grüne kritisieren die Ermittlungen nach dem Klagenfurter Bombenattentat. Innenminister Löschnak weist in der Folge diese Kritik mit der Aussage zurück, weltweit würden neun von zehn Bombenanschlägen nicht aufgeklärt.

5.Oktober 1994: Neuerliche Briefbombenserie in Österreich, diesmal mit vier Bomben: An den WieserVerlag in Klagenfurt, der slowenische Literatur herausgibt, an einen Verein zur Ausländerbetreuung in Dornbirn, an die Papierfabrik Hallein und an das Tiroler Stift Wilten, das Asylanten betreut. Infolge eines "Konstruktionsfehlers" explodiert keine der an sich scharfen Bomben. Es wird vermutet, dass diese "Aktion" im Rahmen der von deutschen Neonazis angesagten "Aktionswoche" stattfindet. Während es vergangenes Jahr zehn Bomben, für 10 Jahre Haftstrafe des Gottfried Küssel, waren, könnten sich die vier Bomben auf die vier Jahre Haft für den Salzburger VAPO-Führer Günther Reinthaler beziehen.

5.Oktober 1994: Nach Angaben des Justizministeriums wird die Anklageerhebung zu den vorjährigen Briefbombenanschlägen gegen Binder und Radl jun. noch einige Zeit auf sich warten lassen.

7.Oktober 1994: Letzte Wahlgeplänkel, Vranitzky will auch nach der Wahl an den umstrittenen Innenminister Löschnak festhalten, Haider bezeichnet sich selbst als De-Facto-Innenminister von Österreich, der burgenländische FP-Obmann vermutet, es könne sich bei der neuen Briefbombenserie um eine "wahltaktische Angelegenheit" handeln.

10./11.Oktober 1994: Über 40 Hausdurchsuchungen in rechtsextremen Kreisen, inklusive Gefängniszellen von einsitzenden Neonazis. Vorerst gibt es keine Hinweise, dass im Zusammenhang mit den Briefbomben Beweismaterial gefunden worden ist. Wäre auch einigermaßen überraschend.

schend, schließlich hat der Innenminister ja am 8.10. im Fernsehen die Hausdurchsuchungen angekündigt. Attentäter, die dann noch Spuren unbeseitigt ließen, wären dann ja noch dümmer als es der Innenminister erlaubte...

11.Oktober1994: Die "Rotlicht-Theorie" zur Bombe vor der zweisprachigen Schule in Klagenfurt wird auch offiziell zurückgezogen. Die vier Briefbomben wiesen exakt die gleiche Zusammensetzung des Sprengstoffes auf wie die Rohrbombe. Bleibt die Frage offen: Warum hat man sich nach dem Klagenfurter Anschlag derartig bemüht, ein politisches Motiv für die Bombe auszuschließen?

17./18.Oktober 1994: Als Attrappe stellt sich eine Paketbombe heraus, die einer Anwaltskanzlei in Feldkirch (Vbg.) zugegangen ist.

Zweite Oktoberhälfte 1994: Die zweite Briefbombenserie und die Klagenfurter Rohrbombe waren von einem Bekenner schreiben an ehemaligen den slowenischen Außenminister Peterle begleitet. Eine Salzburger Eidgenossenschaft bekennt sich nicht nur zu den laufenden Anschlügen, sondern auch zur Bombenserie des Vorjahres. In der Folge wird kritisiert, dass es solange dauerte bis der Inhalt des Bekenner schreibens an die Öffentlichkeit gelangte. Die Polizei sucht nun nach einem "Hobbyhistoriker", der sich mit der bajuwarischen Besiedlung Kärntens beschäftigt hat (vor allem mit Bajuwarenherzog Odilo oder Oadilo) und die Fähigkeit zur Herstellung von Silberfulminat besitzt.

28.Oktober 1994: Der nähere Inhalt des Bekennerbriefes zu den rechtsextremistischen Anschlügen wird veröffentlicht. Danach hat der "Kampftrupp Herzog Oadilo von Bayern" den Anschlag auf das *"großslowenische und panslawistische Umvolkungsinstitut RENNERSCHULE"* getätigt, was mit Angaben zur Technik der Bombe belegt wird, gleichzeitig wird mit weiteren Anschlügen gedroht. Den beim Anschlag verletzten Gendarmen wird geraten nach Wien zu fahren und sich *"an der Schulter ihrer Tschuschenhäuptlinge Klestil, Vranitzky, Busek, Mock, Löschnak, Klima, Lacina, Scholten (offensichtlich ein asiatischer Jude mit deutschem Namen), Michalek, Hesoun, Dohnal, Verzetnitsch, Petrowitsch, Stoitsits, Zilk, Weingartner (dunkelhäutig, wahrscheinlich Zigeuner), Krainer u.s.f. ausweinen!"*

Anfang Dezember 1994: Anlässlich der Weihnachtsamnestie soll Walter Ochensberger begnadigt werden. Anscheinend sitzen im Justizministerium ein paar Leute, die endlich wieder in SIEG die ganze deutsche Wahrheit lesen wollen.

Die Fertigstellung einer Anklageschrift zu den zehn Briefbomben des Vorjahres ist hingegen immer noch nicht zu erwarten. Immer öfters verlautet, dass es gegen Radl und Binder wahrscheinlich zu keiner Anklageerhebung wegen der Anschlüge kommen wird und die beiden sich "nur" wegen NS-Wiederbetätigung verantworten müssten.

17.Jänner 1995: Der Vorhabensbericht zur Briefbombenserie vom Dezember 1993 ist endlich fertig. Die Staatsanwaltschaft will gegen Peter Binder und Franz Radl junior nach §3f des Verbotsgesetzes Anklage erheben. Der deutsche Neonazi Bendix Wendt, der im Dezember in Berlin wegen Trunkenheit am Steuer festgenommen wurde, erwies sich als aussagefreudig. Er belastete Peter Binder als möglichen Bombenbastler.

1.Februar 1995: Die Anklagen zur ersten Briefbombenserie werden an Binder und Radl gestellt. Alexander Wolfart wird gleichzeitig nach Verbotsgesetz §3a, aber nicht wegen der Briefbomben angeklagt. Staatsanwalt Fasching nennt als Motiv: *"Die Briefbombenattentate sollten gleichsam eine »Hommage« an Gottfried Küssel darstellen und dabei nach dem Vorsatz der Genannten jene Personen bzw. Vertreter jener Institutionen in sehr empfindlicher Weise treffen und allenfalls sogar töten, welche von der rechtsradikalen Szene, und hier vor allem von Seiten der VAPO, für eine »volksfeindliche Bevölkerungspolitik« verantwortlich gemacht werden."* Ein monatelanger Prozess ist zu erwarten.

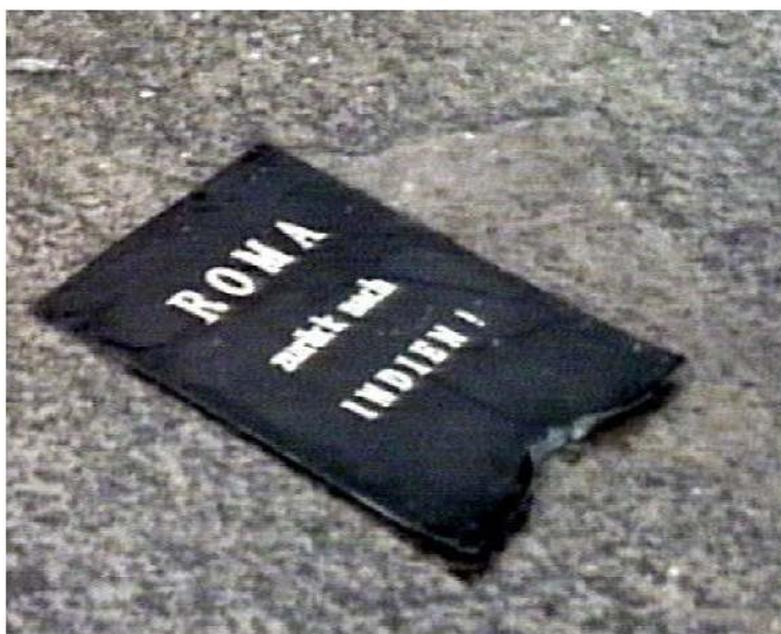
Anfang Februar 1995: Führende deutsche Naziblätter betrachten die österreichische Briefbombenserie als "erfolgreiche Aktion". Die HNG-Nachrichten (HNG = Hilfgemeinschaft für nationale politische Gefangene) rufen auf: *"die erfolgreiche Aktion der 10 des vergangenen Jahres aus traurigem Anlass fortzusetzen."* Das neue Motto: *"Aktion - Elf Jahre Haft"* (für Gottfried Küssel). In einem Leserbrief schreibt der in Salzburg einsitzende Günther Reinthaler *"Es kristallisieren sich interessante Zukunftsperspektiven für die FPÖ von Haider heraus. Wenn sich bei den Wahlen in der Mega-BRD heute doch nur Ähnliches bewegen würde.."*

Die Bombe von Oberwart

4. Februar 1995: In den Nachtstunden explodiert in Oberwart im Burgenland eine Bombe. Vier Roma werden auf der Stelle getötet.



5. Februar 1995: Die Medien verkünden: Beim Versuch eine Tafel mit der Aufschrift *Roma zurück nach Indien* in die Luft zu sprengen, seien vier Roma ums Leben gekommen. Die Polizei durchsucht mit einem Großaufgebot die Häuser der Toten.



6. Februar 1995: Das Innenministerium gibt bekannt: In Oberwart sind durch eine Sprengfalle vier Männer ermordet worden. Der 40jährige Josef Simon, der 27jährige Peter Sarközi, der 22jährige Karl und der 18jährige Erwin Horvath.

Nunmehr wird die zuerst so eifrig verbreitete "Unfallversion" zurückgezogen. Interessant wäre in diesem Zusammenhang, wer bei den Ermittlungen auf die Schnapsidee gekommen ist, die Opfer hätten das bloß 150 cm hohe Schild "in die Luft sprengen" wollen. Dieses hätte sich, wenn es eine bloße rechtsextremistische "Meinungskundmachung" gewesen wäre, einfacher beseitigen lassen. Die Idee einer "Sprengung" durch die Roma konnte wohl nur jemand haben, der entsprechende rassistische Vorurteile hat. Ganz am Anfang soll die Polizei sogar vermutet haben, die Toten seien Opfer einer Fehde mittels Pumpguns geworden..

6. Februar 1995: In der burgenländischen Gemeinde Stinatz detoniert eine weitere Bombe. Dem 28jährige Erich Preissler wird dadurch die rechte Hand zerfetzt. Ein Bekennerschreiben der von der ersten Bombenserie sattsam bekannten Bajuwarischen Befreiungsarmee wird in

einer Bushaltestelle gefunden. Die "*Clans der Schiffkowitzs, Grandits, Stoitsits, Resetarits und Janisch*" werden darin bedroht. Innenminister Löschnak spricht von "*ethnischen Hintergründen*" der Anschläge. Diesmal kommt also die *Rotlichtszene* nicht in Verdacht.

Die Erklärungen der politischen Funktionäre wiederzugeben, ersparen wir uns hier. Klar, dass der Anschlag von allen verurteilt wird, aber "*Roma, zurück nach Indien*", das war ja im Grunde genommen nicht nur die Aufschrift auf der Tafel der Sprengfalle, das ist österreichische Volkstümmlichkeit. Die bestehenden Ausländergesetze in unserem Lande machen schließlich auch eine Solidarisierung mit den österreichischen Minderheiten schwieriger als ihre Ausgrenzung, gegen diese Ausgrenzung hat man seit 1945 außer Sonntagsreden und der erzwungenen Festschreibung der Minderheitenrechte im Staatsvertrag genaue genommen wirklich nichts unternommen. Man erinnere sich beispielsweise an die grölenden Nazibanden, die 1972 in Kärnten die zweisprachigen Ortstafeln niederrissen. Was war damals der Effekt? Landeshauptmann Simma, der die Aufstellung initiiert hatte, musste gehen, der nazistische "Volkszorn" blieb straffrei.

Ein Phantombild wird von der Polizei verbreitet, es zeigt den Insassen eines Autos, das sich vor dem Oberwarter Anschlag verdächtig um die Roma-Siedlung bewegt hat. Es schaut dem zweieinhalb Jahre später ermittelten Täter durchaus ähnlich. Aber wohl auch vielen Männern, die keine Glatze und einen ähnlichen Bart haben.



11. Februar 1995: Begräbnis der Mordopfer in Oberwart. Das schlechte Gewissen scheint die Politiker (außer den Freiheitlichen) in Scharen zu den Verabschiedungen zu drängen. Vranitzky nimmt wegen eines Staatsbesuches in Kanada nicht teil, er hat bereits vorher einen Kondolenzbesuch bei den Hinterbliebenen abgestattet und sich entsetzt über die schlechten Lebensverhältnisse in der Romasiedlung gezeigt. Auch wenn die vor 5.000 Teilnehmern gehaltenen Trauerreden zum Teil echte Betroffenheit beinhaltet haben mögen, österreichisches Verhalten zum Rechtsextremismus zeigt sich selbst hier von seiner negativen Seite. Die übliche Antifa-Sonntagsrede von Nationalratspräsident Fischer löst Zuhörerproteste aus. Das veranlasste andere Redner zur Forderung nach "Toleranz": Politische Forderungen als Konsequenz des Bombenterrors waren unerwünscht.

11. Februar 1995: Gar nicht so gemeint war vermutlich bei einem Faschingsumzug, den passender Weise der Welser Bürgermeister Bregartner als Zuseher bestaunte, der Ausruf des Umzugskommentators, die mitmarschierende "Zigeunerkapelle" nicht mit Bomben zu bewerfen. Das ist halt der österreichische Frohsinn!

13. Februar 1995: Erste Hausdurchsuchungen bei Verdächtigen bringen außer Massen an rechtsextremem Propagandamaterial keine Ergebnisse. Die Auswertung des am Klebeband am Sockel der Sprengfalle gefundenen Fingerabdrucks verläuft negativ. Der Historiker Gustav Spann siedelt die Verfasser des Bekennerschreibens im "Dunstkreis der Burschenschaften" an. Mehrere amtsbekannte Rechtsextremisten sollen dem Phantombild ähnlich schauen, unter anderem der in den Achtzigerjahren in Österreich bereits wegen Bombenanschlägen verurteilte Deutsche Ekkehard Weil.

14. Februar 1995: Die Bombenanschläge rufen entsprechende "Witzvögel" auf den Plan. In Salzburg werden siebzehn Bombenattrappen entdeckt und sichergestellt. Am 10.2. war an das Bundesbüro der Grünen eine Attrappe geschickt worden, am 14.2. wurde in Wien am Luegerplatz eine solche in einer Telefonzelle aufgefunden.

15. Februar 1995: Mit einer Verspätung von über einem Jahr taucht ein weiterer Bekennerbrief auf. Nach der ersten Briefbombenserie vom Dezember 1993 die "Kampfereinheit Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg" an den Generaldirektor für Öffentliche Sicherheit, Sika und an Bürgermeister Zilk, geschrieben. Zilks Kopie wurde (ohne den Wiener Bürgermeister in Kenntnis zu setzen) an das Innenministerium weitergeleitet. Im Schreiben ist von "Knallfröschen zum Krambambulicocktail" die Rede, angeblich hätte man noch 40 Briefbomben vorrätig. Wenn der Brief jetzt nicht Medien zugespielt worden wäre, unsere Terrorbekämpfer hätten uns wohl auch weiterhin vom Inhalt der Botschaft beschützt.

6. März 1995: Die STAPO beschlagnahmt die Bezieherlisten der Monatszeitschrift Aula. Die Täterprofile zu den Anschlägen haben zur Vermutung geführt, dass sich die Täter unter den Abonnenten

dieser weit rechtsaußen angesiedelten Zeitschrift befinden könnten. Zahlreiche Bezieher werden in der Folge (allerdings bisher ergebnislos) einvernommen.

6.März 1995: Benefizkonzert für die Bombenopfer von Oberwart in Wien.

7.März 1995: Das Innenministerium legt zu den Bombenanschlägen ein Täterprofil von drei Personen vor. Der Bombenbauer soll 50 bis 55 Jahre alt sein und entsprechendes Wissen in Elektronik und Chemie besitzen, ein phantasiebegabter, penibler Bastler sein, der Bombenleger ist 20 bis 40 Jahre alt und ca. 175cm groß, schlank und hat dunkles Haar, der Urheber dürfte etwa 60 Jahre alt sein, über eine ausgezeichnete Bildung verfügen, in juristischem Bereich und im Behördenwesen vertraut sein, über eine gewählte Ausdrucksweise verfügen, geltungssüchtig, eitel und überheblich sein. Er hat ausgezeichnete Kenntnisse über Kärntner Verhältnisse.

8.März 1995: Haider gibt sich wieder einmal staatsmännisch. Man müsse wachsam bleiben, die Demokratie sei in Gefahr. Die Bombenanschläge hätten wahrscheinlich einen rechtsextremen Hintergrund, aber um dem Terror zu begegnen, müsse man beide Augen offen halten. Die F brauche Stimmzettel, keinen Sprengstoff, man werde umso ruhiger, je aggressiver die Gegner würden, selbst sieht er sich als *Opfer der Hetzjagd gegen Andersdenkende*. Wie sehr er "anders denkt" zeigt er mit der Aussage, dass das Benefizkonzert in Wien vom 6.3. eine *"Stimmungsmache für den sozialistischen Bürgermeister"* gewesen sei, mit "Staatskünstlern", die sich vom *gemeinsamen Wollen des Volkes* entfernt hätten.

Erste Märzhälfte 1995: Im Zuge der Fahndung nach den Bombenattentätern werden Neonazisten ausgehoben. In Gänserdorf, Straßhof und Wels werden Hausdurchsuchungen durchgeführt, Schlagwaffen und NS-Materialien sichergestellt, drei Personen festgenommen, mehrere auf freiem Fuß angezeigt.

1.April 1995: Die Ausstrahlung in der Sendung Aktenzeichen XY bringt keine wesentlichen Hinweise zu den Bombenanschlägen von Oberwart und Stinatz.

7.April 1995: Die Aula beklagt sich über die *"ansatzweise Destabilisierung des Dritten Lagers"*, weil durch die Ermittlungen zu den Bombenanschlägen (siehe 6.3.), die Zeitschrift in die Nähe des Bombenterrors gerückt würde. Dieser würde zum Vorwand für Gesinnungsterror. Vorsichtshalber distanziert man sich aber vom Beitrag von Nikolaus Preradovich in einer Vorjahrsnummer. (*"Die Zigeuner sind ein Indien entstammendes Wandervolk, Ehrlichkeit zählt nicht zu den Glanzseiten des Volkes (..) sie ziehen stehlend und betrügend durchs Land (..) sie werden Lumpenpack genannt.."*)

Nicht fehlen darf aber die Vermutung, der *"linke Tugendterror"* wolle den Verdacht bewusst gegen das deutschbewusst-freiheitliche Lager richten, die Linke stecke vielleicht selbst zumindest hinter den Bekennerbriefen.

14.Mai 1995: Eine neuartige Weltsicht vertritt der freiheitliche Nationalrat Pretterebner. Der Nationalsozialismus sei eine linke Bewegung gewesen, die Briefbombenattentäter daher keine Rechtsextremen.

8.Juni 1995: Der Verteidiger des mutmaßlichen Neonazis Binder erhält einen 28seitigen Bekennerbrief der "Salzburger Eidgenossenschaft", in dem Details über die Briefbombenserien angegeben sind. Eine Anzahl von Personen, die im Brief erwähnt werden, erhalten von der STAPO keine Information darüber. Unter diesen Personen ist die farbige TV-Moderatorin Arabella Kiesbauer.

9.Juni 1995: Neue Briefbombenserie. In Linz erleidet die Mitinhaberin eines Partnervermittlungsbüros, das auf Ausländerinnen spezialisiert ist, schwere Verletzungen an der linken Hand, in München wird eine Mitarbeiterin von Frau Kiesbauer beim Öffnen einer Briefbombe verletzt.

13.Juni 1995: Eine weitere Briefbombe explodiert in Lübeck, BRD. Sie war an den Vizebürgermeister Szameit (SPD) adressiert und verletzte den öffnenden Geschäftsführer der SPD-Fraktion schwer. Die Lübecker SPD hatte sich nach dem zweiten Anschlag auf die Lübecker Synagoge besonders gegen Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus engagiert.

14.Juni 1995: Der Innenminister sagt über die Briefbombenattentäter: *"Es handelt sich hier nicht um typische Neonazis, da sie kein großdeutsches Reich anstreben. Diese Menschen sind eine sektenhafte Kleingruppe mit fundamentalistischen, fremdenfeindlichen Akzenten."* Der Haupttäter wird als *"extrem national, deutschösterreichisch orientiert, antisemitisch, und auslän-*

derfeindlich" definiert.

16.Juni 1995: Auch innerhalb des Polizeiapparates werden Ermittlungen zu den Bombenserien geführt. Im Bekennerbrief wird nämlich auf ein Gutachten des Polizeipsychologen Müller hingewiesen. Den Medien war aber nirgendwo zu entnehmen, dass Müller ein Gutachten zu den früheren Bekennerbriefen verfasst hatte.

Für die Ergreifung der Briefbombenattentäter wird eine Belohnung von 10 Millionen Schilling ausgelobt.

18.Juni 1995: Der Öffentlichkeit wird bekannt, dass auch der alte Schimanek einen schon am 29.5. aufgegebenen Brief der Bajuwarischen Befreiungsarmee bekommen hat. Schimanek sen. wird darin "beraten", wie er seinem Sohn helfen könne. Der F-Politiker reagiert sehr sauer: Er war im Brief mittels einer Morddrohung angehalten worden, das Schreiben nicht an die Polizei weiterzugeben. Sicherheitsdirektor Sika meint, dass die Briefbombenserie nicht aus dem Bereich der landläufigen Naziszene komme, diese habe man gut unter Beobachtung, 25 Neonazis seien außerdem zur Zeit in Haft. Die Terroristen entstammten anderen Schichten.

18.Juni 1995: In der TV-Sendung Zur Sache spricht Barbara Coudenhove-Kalergi von *"ähnlichen Zielen in der Ausländerpolitik"* in der Krone und bei den Briefbombenbekennerschreibern. Die Kronenzeitung ist zutiefst empört und Informationsintendant Nagiller hält es für angebracht, sich schriftlich dafür zu entschuldigen. Liest Nagiller überhaupt die Kronenzeitung, speziell den Staberl und den Wolf Martin?

19.Juni 1995: Der im Sommer 1994 durch den Bombenanschlag auf eine zweisprachige Klagenfurter Schule schwer verletzte Polizist Theodor Kelz tritt mit zwei Armprothesen seinen Dienst wieder an.

20.Juni 1995: Innenminister Einem wird in Zukunft eine andere Abteilung mit der Warnung bedrohter Personen vor Bombenanschlägen beauftragen, nachdem die bisher zuständigen Stellen dieser Aufgabe trotz ausdrücklicher Weisung unzureichend nachgekommen sind. Warum er trotzdem keine disziplinarischen Maßnahmen setzen will, begründet er nicht.

28.Juli 1995: Scharfe Kritik von SP-Sekretär Cap, VP-Sekretär Karas und SOS-Mitmensch an Jörg Haider, der zum Oberwarter Bombenmord folgende Frage stellte: *"Wer sagt, dass es nicht um einen Konflikt bei einem Waffengeschäft, einem Autoschieberdeal oder um Drogen gegangen ist?"* Wenn man den Anschlag doch vielleicht nicht der linken Szene unterjubeln kann, dann sind eben die Ermordeten selber schuld.

An den tristen Lebensbedingungen in der Oberwarter Roma-Siedlung hat sich übrigens im vergangenen halben Jahr seit dem Anschlag nichts geändert.

8.September 1995: Ein Gutachten des Amtes für Wehrtechnik bestätigt, dass die Briefbomben aller Serien aus demselben Täterkreis stammen. Da in einem Bekennerbrief seinerzeit bekannt gegeben wurde, man habe einen Vorrat von 40 Briefbomben angelegt, bedeutet auch die Bombenserien nach der Verhaftung von Binder und Radl keine Entlastung für die beiden Beklagten.

Der erste Briefbombenprozess - die Angeklagten sind keine Bomber, nur Nazis

Ab 11. September 1995: Briefbombenprozess gegen Peter Binder und Franz Radl. Beide werden auch wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung angeklagt. Nach den strengen Strafen gegen Küssel und Schimanek zieht man jetzt eine andere Verteidigungstaktik vor. Keine Verteidiger, die der rechten Szene nahe stehen, betreffend NS-Wiederbetätigung geständnisbereit, die Anklagepunkte zu den Bombenanschlägen, die mit nicht sehr starken Indizien belegt zu sein scheinen, weist man zurück. Binder kann es sich allerdings nicht verkneifen, sich als qualifiziert für den Bombenbau darzustellen.

9. Oktober 1995: Der Kriminalpsychologe Thomas Müller beim Briefbombenprozess gegen Binder und Radl. Er beschreibt den Haupttäter als über fünfzig Jahre alt mit abgeschlossener Mittelschulbildung (katholisches Internat oder Stiftsgymnasium), immer korrekt gekleidet, genau und penibel, pedantisch und höflich. Er dürfte den Angeklagten Binder persönlich kennen. Der Bombenbauer sei ein anderer. Dieser habe keine Möglichkeit sich über seine Fähigkeiten mitzuteilen, er brauche aber Rückmeldungen (schreibe daher umfangreiche Bekennerbriefe).

Mitte Oktober 1995: Haider hat eine neue Spur zur Briefbombenserie: Der Innenminister möge Einsicht in die deutschen Gauck-Akten über die DDR-Stasi nehmen, weil die seinerzeitige Stasi viel Geld im Ausland zu Destabilisierungszwecken transferiert habe.

16. Oktober 1995: Eine neue Briefbombenserie erschüttert Österreich. Der aus Syrien stammende Arzt Mahmoud Abou-Roumie in Stronsdorf wird an der rechten Hand verletzt, die Flüchtlingshelferin Maria Loley aus Poysdorf wird an beiden Händen schwer verletzt, eine dritte Bombe an einen aus Südkorea stammenden Frauenarzt kann rechtzeitig sichergestellt werden. Haider kommentiert, es sei auffallend, dass die Bombenanschläge immer dann auftreten, *"wenn die politisch Mächtigen in Österreich in Turbulenzen sind."* Er ist also der Ansicht, die Anschläge würden im Interesse der großen Koalition ausgeführt. Ähnlich auch ein Kommentar in der Kronen Zeitung, wo als einer von sechs möglichen Täterkreisen irgendwelche nicht näher beschriebene "ANTI-FA"-Gruppen genannt werden.

17. Oktober 1995: Immer liegen 123 Tage zwischen den einzelnen Bombenanschlägen. Die Polizei rätselt über die Bedeutung.

19. Oktober 1995: Bisher wurden im Zuge der Ermittlungen zu den Bombenanschlägen 45.000 Personen überprüft.

20. Oktober 1995: Bei den Ermittlungen zur letzten Briefbombenserie gibt es zwanzig Hinweise mit "besonderer Priorität", aber keine "heiße Spur". Gefasst wurde nur der Anrufer, der Altbürgermeister Zilk mit neuem Bombenterror bedrohte. Es soll sich dabei um einen Alkoholiker gehandelt haben.

21. Oktober 1995: Laut dem Leiter der Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus, Robert Sturm, ist in der Fahndung nach den Briefbombenterroristen alles offen und alles möglich. Man nimmt an, dass es sich um eine recht kleine Tätergruppe handelt, selbst ein Einzeltäter wird nicht ausgeschlossen, ebenso wenig, dass der oder die Täter Kontakte zum Ermittlungsapparat haben. Laut Innenminister Einem wurden im 28seitigen Bekennerbrief vom Juni Fakten angeführt, die nicht aus den Massenmedien stammen können. Der Minister nennt als Hypothese auch ein *"politisches Komplott mit umstürzlerischen Zielen"*.

10. November 1995: Die Stapo ist einmal offenherzig. Der Sicherheitsbeauftragte des Innenministers, Baumgartner, sagt, dass sich durch den Fahndungsdruck infolge der Briefbombenserie die rechtsextreme Szene umstrukturiert habe, aber die rechten Kader aus dem Untergrund konspirativ weiterhin agierten. 1994 gab es 306 Anzeigen nach dem Verbotsgesetz, das ist eine Zunahme um rund 40%, für 1995 ist mit keinem Rückgang zu rechnen. International rücken die Rechtsextremisten näher zusammen, die Organisation geschieht überall in kleinen und konspirativen Zellen, die Bildung einheitlicher Organisationen wird vermieden. Von Österreich aus besteht ein enger Kontakt zu den deutschen Nazis, speziell zur "AntiAntifa". Die Computervernetzung ist eine Selbstverständlichkeit und bringt Informationsvorsprünge gegenüber den Sicherheitskräften.

November 1995: Die Ermittlungsbehörden kommen zur Vermutung, dass die Ideenwelt des Taras Borodajkewycz im Zusammenhang mit der Ideologie der Briefbombenterroristen stehen dürfte. Die antisemitischen und nazistischen Äußerungen von Borodajkewycz bei Vorlesungen an der Hochschule für Welthandel führten in den Sechzigerjahren zu politischen Auseinandersetzungen.

gen. Bei einer Demonstration am 31.3.65 erschlug der Neonazi Kümel den Antifaschisten Ernst Kirchweger. Eine weitere Spur zur "Bajuwarischen Befreiungsarmee" wurde in der rechtsextremen deutschen Zeitschrift "Vorderste Front" gefunden. Im Herbst 1992 erschien dort ein anonymes Artikel, der die von den österreichischen Bombenversendern praktizierte Vorgangsweise anriet.

20. November 1995: Fortsetzung des Briefbombenprozesses. Die skandalöse Arbeit der ermittelnden Polizeidienststellen zeigt sich wieder einmal: Erst das Gericht prüft das Alibi des Angeklagten Binder, ob er überhaupt die ihm zur Last gelegte Aufgabe der Briefbomben durchgeführt haben kann. Ergebnis: Zweifelhaft.

11. Dezember 1995: Fünfte Briefbombenserie. In Graz-Gösting explodieren in einem Briefkasten zwei Briefbomben. Vermutlich ist die eingebaute Entschärfungssicherung die Ursache. Zwei weitere Bomben können sichergestellt werden. Eine der beiden explodierten Bomben war an das Wiener UN-Flüchtlingskommissariat gerichtet, die beiden sichergestellten Bombenbriefe gingen an Angela Resetarits (Mutter von Willi, Lukas und Peter R.) und an eine aus Indien stammende Wiener Familie. Als Absender ist im Falle Resetarits deren Neffe, Direktor einer zweisprachigen Schule, angegeben, im Falle der indischen Familie der Doppelname Neuwirth-Nachtmann. Auch diese Anschlagserie befasst sich wieder mit historischen Anspielungen auf Abwehrkämpfe vor 1.000 Jahren.

14. Dezember 1995: Der Sprengstoffsachverständige Wieser gibt kund: Dem Briefbombensprengstoff war eine seltene Substanz beigefügt, die es in Österreich nur bei einer Tiroler Firma gebe. Die Polizei ist über diese öffentliche Verlautbarung nicht sehr glücklich. Auch nicht über die Kundmachung in der Kronenzeitung über einen verdächtigen Mödlinger.

21. Dezember 1995: Urteile im Wiener Briefbombenprozess. In den Anklagepunkten betreffend die Briefbomben werden beide Angeklagte freigesprochen. Für NS-Wiederbetätigung gibt es 5 Jahre Haft für Peter Binder und 3 Jahre für Franz Radl. Beide kündigen Rechtsmittel gegen das Urteil an. Radl wird wegen der zweijährigen Untersuchungshaft nach dem Urteil auf freien Fuß gesetzt. Der ganze Prozess litt von Beginn an der mangelhaften Ermittlungsarbeit der Behörden.

27. Dezember 1995: Die Freisprüche von Binder und Radl bezüglich der Briefbombenserie sind rechtskräftig, die Staatsanwaltschaft hat auf Berufungen verzichtet.

27. Dezember 1995: Die Rekonstruktion der am 11.12. im Briefkasten explodierten Briefbomben kommt zum Ergebnis, dass die vierte Bombe an ein ungarisches Partnervermittlungsbüro gerichtet war. Die Absenderangabe spielte auch hier auf Abwehrkämpfe vor 1000 Jahren an.

27. Dezember: Die Flüchtlingshelferin Maria Loley, eines der Opfer der Briefbombenserie vom Oktober, wird von den ARD-Tagesthemen zur *"Frau des Jahres"* gewählt.

29. Dezember 1995: Pessimistisch schaut Chefinspektor Sturm bezüglich des Briefbombenterrors in Österreich ins Neue Jahr. *"Solange wir keinen Täter haben, kann von Entwarnung keine Rede sein"*.

1. Februar 1996: Das Innenministerium warnt anlässlich des bevorstehenden Jahrestages der Anschläge von Oberwart und Stinatz vor möglichen weiteren Bombenanschlägen.

5. Februar 1996: Aktivisten des Antifa-Komitee Linz besetzen anlässlich des Jahrestages des Oberwarter Bombenanschlags das Büro von Landesgeschäftsführer Buchinger. Der SPÖ-Funktionär diskutiert mit den Besuchern über den Rechtsextremismus in Österreich.

15. Februar 1996: Die News beschäftigen sich mit dem Inhalt der 20.000 Seiten des Briefbombenaktes. Danach wurden die Attentatsopfer immer nach vorher konstruierten historischen Szenarien ausgewählt. Die Spur führt u.a. zu rechten Hobbyhistorikern. Im Jänner war in der Kronenzeitung und in rechten und rechtsextremen Kreisen eine missverständliche Aussage von Sicherheitschef Sika, der gemeint hatte, dass man nicht nur in Neonazikreisen suchen hätte sollen, uminterpretiert worden. Dort hatte man natürlich sogleich wieder verstehen wollen, die Briefbomben seien linke Provokationen. In der Kronenzeitung jubelten wochenlang entsprechende Leserbriefbriefschreiber. Die Fakten aus den Akten belegen: Es waren nicht unbedingt wehrsportliche Neonazis, aber klarerweise Rechtsextreme.

21. März 1996: Der Oberste Gerichtshof weist einen Antrag Haiders auf einstweilige Verfügung gegen den DÖW-Leiter Dr. Neugebauer zurück. Neugebauer hatte in einem ARD-Interview im

Juni 1995 zu den Briefbombenanschlägen gesagt, dass die FPÖ Haiders *"heute als Hauptkraft des österreichischen Rechtsextremismus anzusehen ist und insbesondere in der ausländerfeindlichen Politik und Propaganda an der Spitze steht und auch den geistigen Boden für solche Anschläge aufbereitet hat."* Der OGH stellt fest, das sei ein *"zulässiges politisches Werturteil zu aktuellen Fragen des Zeitgeschehens."*

28.März1996: Interview zu STAPO und den Briefbomben mit Innenminister Einem in den News. Zur Frage, ob die Ermittlungen zu den Briefbomben in eine falsche Richtung gelenkt worden seien, sagt der Minister: *"Ich halte von solchen Rückwärtserschließungen gar nichts - aber es ist nicht falsch, wenn man heute sagt, die Stapo hat aus einer zu verengten Sicht gearbeitet. Ich habe von Beginn an gesagt, dass es sich hier nicht um Neonazis im klassischen Sinn, sondern um sektenhafte Täter handelt. Und mittlerweile kann man die Augen noch weiter öffnen und sagen, es kann dieser ganze nationalistischhistorische Schmarrn, der in den Bekennerschreibern vorkommt, auch sehr gefinkelt aus Büchern besorgt worden sein, um als Tarnung des Täters zu dienen. Alles ist möglich."* Auf die Frage, ob er sogar einen Linksextremen als Täter für denkbar halte, antwortet Einem: *"Ich halte es nicht für besonders wahrscheinlich, aber als Theorie ist denkbar, dass dieser Nazi-Schmarrn auch als Tarnung für Täter welcher Art immer gedient haben kann."*

1.April1996: Die österreichischen Briefbomben sind weltweit einzigartig, teilt die Stapo mit.

24.April 1996: Major Polzer, Chef der nö. Kriminalabteilung, stellt anlässlich einer FP-Anfrage zum Sprengstoffanschlag von Ebergassing fest, dass sich die Behauptung Stadlers es gebe Anhaltspunkte, der antifaschistische Journalist Wolfgang Purtscheller sei der "vierte Mann" von Ebergassing und stünde auch mit dem Anschlag von Oberwart in Verbindung, längst als falsch erwiesen hat. Fest steht ferner: Die Anschläge von Oberwart und Klagenfurt sowie die Briefbombenattentate stammen von derselben, noch unbekanntem Tätergruppe, der Anschlag von Ebergassing ist aufgeklärt, zwei Täter kamen dabei ums Leben, ein dritter Tatverdächtiger ist ins Ausland geflüchtet.

3.Juni 1996: Im Rahmen der burgenländischen Wahlberichterstattung spricht der Standard mit Stefan Horvath, dem Obmann des Oberwarter Roma-Vereins. Dieser sagt, die Roma hätten sich nie sehr für Politik interessiert, ihre Stimmen teilten sich zwischen rot und schwarz auf, freiheitlich wähle niemand. Durch die Anerkennung der Roma als Volksgruppe sei der Bombenanschlag in Oberwart provoziert worden, das sei die Volksmeinung unter den Roma.

5.Juni 1996: Neue Untersuchungen der Sprengstoffreste aus den Briefbomben und den Bomben von Oberwart und Klagenfurt mit neuen technischen Einrichtungen bestätigen: Es wurde überall derselbe Sprengstoff verwendet.

8.Juni 1996: Zur Sanierung der Roma-Siedlung in Oberwart sagt Bürgermeister Racz, man wolle damit im Laufe des Sommers anfangen. Die Finanzierung sei immer noch nicht geklärt (17 Monate nach dem Bombenanschlag).

Juni 1996: Nach einem Bericht des Innenministeriums wurden 1995 wegen rechtsextremer Aktivitäten insgesamt 621 Anzeigen erstattet, 102 Hausdurchsuchungen durchgeführt, 19 Personen festgenommen und 89 wegen rechtsextremer Straftaten verurteilt. Bei den rechtsextremen Aktivistinnen gab es einen Generationswechsel, Jahrgänge bis 1975 wurden durch "Nachwuchskräfte" ersetzt. Zu den Briefbombenanschlägen gingen bisher rund 7.300 Hinweise ein, von denen bisher ungefähr 5.000 bearbeitet worden sind. Bei einer Kontoöffnung eines "flüchtigen Revisionisten" (wahrscheinlich Gerd Honsik) wurden Geldbewegungen in Millionenhöhe festgestellt.

20.Juni 1996: News berichtet, man habe gegen den mit behördlicher Mithilfe seinerzeit nach Spanien geflüchteten rechtskräftig verurteilten Neonazi Gerd Honsik Strafanzeige erstattet. Der Alt-Neonazi hatte in der Aprilnummer seines Hetzblattes HALT, das er nach wie vor aus Spanien an ca. 10.000 Empfänger verschickt, behauptet, der News-Journalist Athanasiadis könnte in Angelegenheiten Briefbomben "Jäger oder Täter" sein. News verlangt nun die Auslieferung von Honsik wegen Verleumdung.

1.Juli 1996: Der Kanzleibeamter des Innenministeriums Martin M., ein ehemaliger Bezirkspolitiker der FPÖ, hatte sich als unbefugter Ermittler zum Bombenattentat von Oberwart betätigt und u.a. versucht, den Journalisten Wolfgang Purtscheller mit dem Anschlag in Verbindung zu bringen. Außerdem soll er seine "Ermittlungsergebnisse" an die FPÖ weitergegeben haben. Es

besteht der dringende Verdacht, dass M. der langgesuchte "Maulwurf" der Freiheitlichen im Innenministerium sein könnte. Er wird nunmehr vom Dienst suspendiert.

8. September 1996: Die Briefbombenermittler vermuten, dass sie den Briefbombenattentätern bereits auf die Spur gekommen sind und deswegen keine weiteren Anschläge mehr passieren, weil die Täter sich beobachtet fühlen.

29. September 1996: Das Innenministerium warnt vor einer möglichen neuen Briefbombenserie.

1. Oktober 1996: Die Bajuwarische Befreiungsarmee verschickt wieder einen Drohbrief. Diesmal werden 0,8 Staatsbegräbnisse angekündigt, der Großteil des Briefes ist codiert und muss erst entschlüsselt werden.

9. Oktober 1996: Der Brief der "Bajuwarischen Befreiungsarmee" wurde entschlüsselt und wird nun der Öffentlichkeit bekannt gegeben. Im Brief bekennt man sich ausdrücklich zu den Anschlägen von Oberwart und Stinatz. FPÖ und Kronenzeitung hatten immer wieder zu behaupten versucht, diese Anschläge hätten keine rechtsextremen Urheber. Mehreren Personen werden Anschläge angedroht. Allerdings ging der 8.10., den man als den gefährlichsten Tag (wegen der wiederholten Bezüge auf "8" im Bekennerbrief) betrachtete, ohne neue Bomben vorbei. Interessant, dass im Brief der Haider-Wahlkampfpruch zu finden ist, Vranitzky spiele den Weihnachtsmann für Arafat.

Ende November 1996: Die Fahndung nach den Briefbombenattentätern bleibt immer noch ohne Ergebnis. Das Innenministerium warnt vor neuen Anschlägen. Dass es sich bei der "Bajuwarischen Befreiungsarmee" um einen Einzeltäter handeln könnte, wird nicht mehr ausgeschlossen.

9. Dezember 1996: Eine neue Briefbombe ist unterwegs. Bei einer Astrologie-Firma in Wien taucht ein Brief auf, der an Lotte Ingrisch, der Stiefmutter von Innenminister Einem gerichtet war. Der oder die Briefbomber hatten diese Adresse als Absender benutzt, den Brief aber an eine nicht mehr bestehende Anschrift in Rindelberg im Waldviertel gerichtet. Bei der Untersuchung des Briefes durch die Polizei, explodiert er. Die Polizei nimmt an, dass Lotte Ingrisch deswegen das Ziel der 25. Briefbombe wurde, weil der Innenminister und seine Familie zu gut gegen Anschläge abgeschirmt sind (und Einem nur medial von der Kronenzeitung attackiert werden kann).

19. Dezember 1996: Laut Polizei hat die Fahndung in Sachen Briefbomben bisher rund 200 Millionen Schilling gekostet. Die Herstellungskosten für eine Briefbombe werden inklusive Versand auf lediglich 100 Schilling geschätzt.

Dezember 1996: Nach dem versuchten Anschlag auf die sehr an Esoterik interessierten Frau Ingrisch melden sich bei der Polizei diverse Astrologen, Kartenaufschlager und Pendler und bitten Hilfe an. Spaßig bei den Ermittlungen ist die Erkenntnis, dass der Briefbombenattentäter ein besonderes Verhältnis zur katholischen Kirche haben müsste, weil er seine Bombenbriefe immer mit Marken mit klerikalen Motive frankierte. Den Ermittlern dürfte nicht bekannt sein, dass es bis in die jüngste Zeit in Österreich normale Freimarken ohne klerikale Motive gar nicht gegeben hat.

1. Februar 1997: Die OÖN schreiben auf Seite 1: *"Seit 3. Dezember 1993 tauchten insgesamt 25 Brief und drei Rohrbomben auf. 15 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt, vier Roma getötet."* Es sind eben nicht alle gleich, manche sind Menschen, andere sind Roma...

1. Februar 1997: Die Polizei warnt vor möglichen neuen Briefbomben. Bisher wurden 50.000 Personen überprüft, 140 Hausdurchsuchungen vorgenommen, 8500 Hinweisen wurde nachgegangen. Als Belohnung sind 13,2 Millionen Schilling ausgesetzt.

6. Februar 1997: In Stinatz wird zum 2. Jahrestag des Anschlages von 1995 eine Bombenattappe aufgefunden.

6. März 1997: News erhält einen Brief der "Bajuwarischen Befreiungsarmee". Die Experten sind überzeugt: Er stammt nicht vom "Bombenhirn".

25. Mai 1997: Innenminister Schögl lässt uns wissen, man habe möglicherweise einen Briefbombenbriefeschreiber ausgeforscht. Ein 62-jähriger Computerfachmann namens Gerhart Pawlikowsky (außerhalb von News nur "P." genannt), der schon länger auf der Observationsliste der Terrorfahnder gestanden sei, steht im Verdacht, die letzten zwei Bekennerbriefe (an profil und News) verfasst zu haben.

28. Mai 1997: News bringt Details zum des Briefbombenbekennerbriefeschreibens verdächtigen Gerhart Pawlikowsky. Außer der Bekanntgabe des vollständigen Namens des P. enthält der Ar-

tikel nichts Wesentliches oder Sensationelles. Interessant ist lediglich, dass die Justiz bisher keine Vernehmung des Verdächtigen durchgeführt hat und er auch nicht observiert wird.

1.Juni 1997: In der TV-Pressestunde kritisiert Innenminister Schlögl, dass die Justiz Gerhart Pawlikowsky bisher noch nicht vernommen hat. In der abendlichen Diskussionssendung "Zur Sache" ergeht sich der FP-Vertreter wieder in kryptischen Behauptungen über falsche Spuren im Briefbombenterror, der Verdächtige "P." schickt ein Fax, dass er am Montag endlich vernommen zu werden wünscht.

5.Juni 1997: Ministerialrat Günter Rehak, ehemals VSStÖ-Funktionär und inzwischen auf dem Weg nach rechts ziemlich weit vorangekommen, sagt bei einer Einvernahme zur Briefbombensache aus, das DÖW sei mit der Bajuwariischen Befreiungsarmee identisch. Fast zu vermuten, dass ihn dieser Schwachsinn noch einiges kosten wird...

12.Juni 1997: News meint, das Briefbombrätsel gelöst zu haben. An der Spitze einer fünf Personen starken Gruppe stehe der nach Spanien geflüchtete rechtskräftig verurteilte Neonazi Gerd Honsik, ein 75jähriger Jurist aus Niederösterreich und ein 73jähriger Historiker aus der Steiermark seien weitere Bandenmitglieder. Rehak wird als Bekenner-schreibers-schreiber vermutet. Seitens des Innenministeriums spricht man von "reiner Spekulation".

18.Juni 1997: Pawlikowsky wird aus der U-Haft entlassen, die Staatsanwaltschaft meldet Berufung an. In der Haftprüfungsverhandlung wird entschieden, es bestünde Tatverdacht zu zwei Bekenner-schreibern der Briefbombenserie, mangels neuer Erkenntnisse, lägen aber keine Gründe für eine Haftverlängerung vor.

19.Juni 1997: News berichtet, dass der nach Spanien geflüchtete Neonazi Gerd Honsik auch dort untergetaucht ist. Seit einigen Wochen würde er von den Ermittlern als geistiger Urheber der Briefbombenserie verdächtigt. Neue Erkenntnisse zum Anschlag von Oberwart: Die Insassen zweier Autos sollen die Bombe dort aufgestellt haben, dadurch könnte die Vermutung, die Briefbombenserie sei das Produkt eines Einzeltäters, überholt sein, man rechnet nunmehr mit mindestens vier Tätern. Der Anschlag in Stinatz hätte sich gegen die grüne Abgeordnete Stoisits gerichtet, die neben einer Ortseinfahrt und einem Altglascontainer wohnt. Durch Ortsunkundigkeit der Bombendeponierer wurde die in Form eines Selbstschussapparates gebaute Bombe neben einem anderen Container abgelegt und von einem Müllarbeiter glücklicherweise so aufgehoben, dass ihn die Schussvorrichtung nicht voll traf.

Der Briefbomber wird gefasst

1. Oktober 1997: In der Ortschaft Gralla bei Leibnitz an der steirisch-slowenischen Grenze rufen abends zwei Frauen die Gendarmerie, weil sie sich von einem Autofahrer verfolgt fühlen. Zwei Gendarmen wollen den Lenker kontrollieren. Dieser steigt aus und bringt dabei eine Bombe zur Explosion, die ihm beide Hände abreißt. Der Autofahrer flüchtet, nach Abgabe mehrerer Warnschüsse wird er festgenommen. Es handelt sich um den 48jährigen Vermessungstechniker Franz Fuchs. Eine sofort veranlasste Hausdurchsuchung im Elternhaus des Franz Fuchs, wo dieser zwei ständig versperrte Zimmer bewohnt, fördert erste Spuren zutage, die auf die Bajuwarische Befreiungsarmee und die Bombenserie hinweisen.



2. Oktober 1997: In der Wohnung des Franz Fuchs in Gralla wird ein Vorrat an Sprengmitteln gefunden. Die Behörden sind noch vorsichtig mit der Beurteilung des Falles.

4./5. Oktober 1997: Über den Tatverdächtigen Fuchs werden Einzelheiten bekannt, arbeitsloser Messtechniker, vor 20 Jahren verunglückte Liaison mit Slowenin, die ihn verlassen und bestohlen haben soll, öffentlichkeitsscheuer Einzelgänger, es gilt nun als sicher, dass er mit den österreichischen Bombenserien etwas zu tun hat, er gibt schließlich auch zu, "Mitglied" der Bajuwarischen Befreiungsarmee zu sein, will aber nur Handlangerdienste verrichtet haben.

5. Oktober 1997: In der KRONEN ZEITUNG verkündet Marga Swoboda über den des Bombenterror verdächtigen Franz Fuchs: *"Kein politisches Motiv, nur der Irrsinn eines schwer gestörten Einzelgängers"*. Auch der Generaldirektor für Öffentliche Sicherheit, Michael Sika, meint, der Fall ginge *"nicht ins Politische hinein."* Also kein Fremdenhass, kein Minderheitenhass, wahrscheinlich wurden die Bomben gebastelt, damit es schön laut knallt. Schließlich gibt es ja in Österreich auch keine fremdenhassende Partei, keinen fremdenhassenden Parteiführer, keine fremdenhassenden Boulevardzeitungen, keine fremdenhassenden Stammtischkrakeeler. Desgleichen fanden sich in den bajuwarischen Bekennerbriefen keine Zusammenhänge mit auch anderweitig verkündeten und weit verbreiteten politischen Ansichten. Oder?

Könnte es nicht so sein: Die einen reden, was das Volk denkt (oder denken soll), die anderen schreiben, was das Volk denkt (oder denken soll), und einer tut, nachdem er verschiedenes gehört und gelesen hat, was er zu tun für erforderlich hält?

5. Oktober 1997: FP-Sicherheitssprecherin Helene Partik-Pablé fordert eine Entschuldigung der Behörden bei *"jenen hunderten Österreichern"*, bei denen Hausdurchsuchungen im Zuge

der Ermittlungen in Sachen Bajuwarische Befreiungsarmee vorgenommen worden waren. Nur weil sie das freiheitliche Magazin Aula abonniert hätten, seien unbescholtene Bürger verdächtigt worden.

In einem der Bekennerbriefe der BBA hatte es beispielsweise geheißen: *"Kurios sind vor allem die Anschuldigungen gegen den 'Philosophen' Radl, der sich (ähnlich wie Haider) einbildet, dass man unsere gefestigte Tschuschendiktatur mit demokratischen, zumindest aber gewaltfreien Mitteln zu Fall bringen kann."* Solche Gedankengänge sind für einen unbescholtenen Aula-Abonnenten gänzlich undenkbar...

FP-Generalsekretär Westenthaler verlangt Entschuldigungen auch von der SPÖ und den Grünen, da man die FPÖ in den Bomben-Dunstkreis zu rücken versucht habe, es sei jetzt klar, woher der Terrorwind wehe, weil der Vater des Verhafteten SPÖ-Gemeinderat gewesen sei.

5. Oktober 1997 und danach: Der ehemalige Innenminister Einem wird attackiert, er hätte das Täterprofil des Briefbombenbauers geheim gehalten und die Ermittlungen behindert. Ist ja auch klar, ohne Einem wäre dem Fuchs die eigene Bombe in den eigenen Händen schon viel früher explodiert.

6. Oktober 1997: Die Ermittlungen im Fall Fuchs gehen weiter, der Verdächtige bezeichnet sich selbst als Auftragstäter, schweigt aber zu seinen (angeblichen) Komplizen. In der Öffentlichkeit bilden sich zwei Gruppen, die einen halten es für ausgeschlossen oder schwer vorstellbar, dass Fuchs alleine alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit Bomben und Bekennerbriefen ausgeführt habe, die anderen sehen ihn als Einzeltäter.

Interessant, dass häufig von den Vertretern der Einzeltäter-Theorie auch die Theorie vom "unpolitischen Psychopathen" verfochten wird. All die hunderttausenden Ausländerhasser, die ähnlich denken, wie es Fuchs getan haben könnte, sind wahrscheinlich dafür, dass Franz Fuchs kein Gesinnungsgenosse, sondern bloß irgendein Absonderling ist. Schließlich will man ja weiterhin, die "Ausländer-raus"-Gesinnung vertreten, ohne deswegen als Bombensympathisant zu gelten. So bedichtet etwa der Herr Martinek in der KRONEN ZEITUNG den Fuchs immer wieder als Nicht-rechten. Na, warum wohl?

8. Oktober 1997: FP-Klubchef Stadler in Parlament zum Fall Fuchs: *"Ein Genosse war es!"* (wohl wieder in Bezug auf den Umstand, dass der Vater von Fuchs eine Zeit SP-Gemeinderat war). Ein Genosse war es? Jawoll, ein Volksgenosse!

8. Oktober 1997: Die Polizeiermittlungen bringen immer wieder Spuren, die auf die Mitwirkung von Fuchs an der Bombenserie weisen. Schaltpläne, Bombenbeschreibungen, Bekennerschreibenentwürfe, Sprengstoffanalysen usw. Fuchs bezeichnet sich selber weiterhin als bloßes Mitglied in der BBA, von den Medien einmal als Mitglied Nummer 3 in der Steiermark, dann wieder als Mitglied von Kampftrupp Nr. 3 wiedergegeben. Verschiedentlich tauchen von diversen rechtsextremen Idioten versandte Briefbombenattrappen auf, unter den Empfänger sind u.a. der Linzer Bürgermeister Dobusch und Bundeskanzler Klima.



Sprengmittel aus der Fuchs-Wohnung

11. Oktober 1997: Im Bildungshaus Puchberg findet das Symposium "SOS Rassismus - Argumente gegen Vorurteile" im Rahmen des "Europäischen Jahres gegen Rassismus" in Zusammenarbeit von der Initiative Welser gegen Faschismus, der Arbeiterkammer, dem Bildungshaus Puch-

berg, dem Mauthausen Aktiv und Pax Christi statt. Dr. Aichleitner (Bildungshaus Puchberg), Dr. Eiter (Welser gegen Faschismus), Dr. Kalliauer (AK) begrüßen die Teilnehmer. Die Einleitung hält Maria Loley, Flüchtlingshelferin aus Poysdorf. Sie berichtet über ihre Tätigkeit zur Hilfe für Kriegsflüchtlinge und über den rechtsextremen Terror, dem sie ständig ausgesetzt ist. Offenbar war die ihr zugesandte Briefbombe lediglich der Höhepunkt in einer Flut von Drohungen und Bedrohungen durch die österreichische Fascho-Szene.

12.Oktober 1997: Der Herr Strudl schreibt in der Kronenzeitung: *"Es hat si rausg'stellt, dass weder Rechte no Linke hinter den Briefbombenanschlägen stehn. A herbe Enttäuschung für beide Seiten!"*

Wo steht dann der Tatverdächtige? Der verdächtig ist, mit einer Bombe vier Roma ermordet zu haben, vor der slowenischen Mittelschule in Klagenfurt eine Bombe deponiert zu haben, einer Reihe von als "Inländerfeinde" denunzierten Menschen Briefbomben geschickt zu haben, z.B. in einem Bekenner schreiben Briefbombenopfern geraten zu haben, sich *"an der Schulter ihrer Tschuschenhauptlinge Klestil, Vranitzky, Busek, Mock, Löschnak, Klima, Lacina, Scholten (offensichtlich ein asiatischer Jude mit deutschem Namen), Michalek, Hesoun, Dohnal, Verzetnitsch, Petrovitsch, Stoisis, Zilk, Weingartner (dunkelhäutig, wahrscheinlich Zigeuner), Krainer u.s.f. ausweinen!"*

Steht Fuchs somit in der politischen Mitte oder ist er wenigstens ein liberaler Kronenzeitungsleser?

16.Oktober 97: News hatte ja ziemliches Pech mit der Festnahme des Franz Fuchs an einem Mittwoch, so konnte man erst am 9.10. ausführlicher berichten, auch da gab es nicht viel Neues, das nicht unter der Woche schon in den Tageszeitungen gestanden wäre. Am 16.10. ist man in der Lage, aus den Erhebungsprotokollen zu zitieren. Gefunden hat man bei Fuchs: Fünf Rohrbomben, drei davon in der Bauart der Bomben von Oberwart und Stinatz, ein Fläschchen mit 90%igem Nitroglycerin, das mit höchster Wahrscheinlichkeit mit dem Briefbombensprengstoff ident ist, ein Kilo Nitrozellulose, wie bei den Rohrbomben verwendet, Silberfulminat als Initialsprengstoff, Auslösedrähte für Briefbomben, Lackdrahtisolierungen, Schaltpläne der Briefbombenserie Nr.5, drei Entwürfe eines Bekennerbriefes, den Verschlüsselungscode zum Bekennerbrief vom Oktober 1996. Die Briefbombenopfer waren nahezu alle in Fernsehsendungen aufgetreten, speziell in der Minderheitensendung "Heimat, fremde Heimat". Nicht in dieses Schema passen nur zwei Briefe: Der Brief an die Arbeitsgemeinschaft Ausländerbeschäftigung der Bundeswirtschaftskammer, diese kam nie in den Medien vor, war aber, trotz mehrfacher Übersiedlung, immer mit der richtigen Adresse auf der Empfängerliste des Neonazi-Pamphlets "Halt", und der Brief an den Obmann des Kulturvereins der steirischen Slowenen, Wolfgang Gombocz.

17.Oktober 1997: Mit einem bei Fuchs in einem Schuppen gefundenen 22bändigen alten Lexikon will man jetzt die Frage des Historikerwissens des Verdächtigen klären. Die Bücher weisen zahlreiche handschriftliche Vermerke zu einschlägigen Stichwörtern auf. Zu Behauptung von Fuchs, er sei nur "ein kleines Rädchen" der BBA gewesen, meinen die Ermittler, dass kleine Rädchen keine Bomben, Schaltpläne und Sprengmittel lagerten.

18.Oktober 1997: Der Generaldirektor für Öffentliche Sicherheit, Michael Sika äußert, dass es zwar Indizien für den Bombenbau durch Fuchs gebe, aber noch keine endgültigen Beweise.

20.Oktober 1997: Ein Handschuh, der beim Bombenverdächtigen Franz Fuchs sichergestellt wurde, soll zahlreiche Spuren aufweisen: Spuren von Briefbombenmaterial, Handschuhabdruck auf einem Bekennerbrief.

Zweite Oktoberhälfte 1997: Gerhard Roth charakterisiert den Briefbombenverdächtigen: *"Die ganz gewöhnliche, österreichische Paranoia des kleinen Mannes, die Ausländer-Aversion, die üblichen Verschwörungstheorien - aberwitzig in das Groteske vergrößert."* Wie zutreffend diese Beschreibung ist, bestätigt sich alleine z.B. in den nicht endend wollenden Versuchen der Kronenzeitung, Fuchs als apolitischen Psychopathen ohne ideologischen Hintergrund zu beschreiben.

Zweite Oktoberhälfte 1997: Neonazis solidarisieren sich mit Fuchs. *"Die BBA in Kriegsgefangenschaft!"*, heißt es auf einer entsprechenden e-mail. Es gibt auch persönlich adressierte hakenkreuzverzierte Fan-Post für den gänzlich unpolitische Einzelpsychotheten. Wie das wohl kommt?

24.November 1997 und danach: In Oberwart beginnt ein Großeinsatz der Gendarmerie. Der bombenverdächtige Franz Fuchs hat ausgesagt, die Oberwarter Bombe (vier tote Roma) sei eine Zeit-

bombe gewesen, es wäre nicht Absicht gewesen, jemanden zu verletzen. Die Ermittler suchen daher nach einer Knopfatterie, die einen Zeitauslöser gespeist haben soll. Es dürfte aber eher zu vermuten sein, dass sich Fuchs mit dieser Aussage vor einer Mordanklage bewahren will. Bei der Suche wird tatsächlich eine Knopfatterie gefunden, ob die allerdings mit der Bombe in Verbindung stehen könnte, muss überprüft werden, eine Batterie wird sich schließlich bald wo finden lassen.

27. November 1997: Mit großem Aufwand wird in Gralla ein Lokalausweis mit Franz Fuchs über den Ablauf seiner Festnahme abgehalten. Fuchs erklärt, dass er mit der Bombenexplosion, die ihm die Hände abbricht, nicht die Gendarmen verletzen oder töten, sondern Selbstmord begehen wollte. Zu den Ermittlungen gibt es kaum wesentliche Neuigkeiten. Fuchs bezeichnet sich weiterhin als ein Mitglied der Bajuwarischen Befreiungsarmee, das nur untergeordnete Tätigkeiten ausführte. Die Ermittler kommen immer mehr zur Überzeugung, dass Fuchs alleine gehandelt hat. Was ja schließlich (trotz der äußerst intensiven Bemühungen beispielsweise der Kronenzeitung) nicht dazu führt, dass Fuchs nicht dem rechtsextremen Spektrum zuzurechnen wäre.

22. Dezember 1997: Zilk im Spiegel (und nachher natürlich als Nachdruck in der Krone): In Österreich hätte ein Gutteil der Medien jahrelang in Sachen Bombenanschlägen vehement *"die politische (also rechtsradikale) Dimension des Falles als alleinigen Schlüssel zur Lösung propagiert"*, der mutmaßliche Täter sei aber ein Eigenbrötler, der nicht im Neonaziumfeld lebe.

Ist es dann nur ein Zufall, dass der Verdächtige in seinen Bekennerstreifen rechtsextremistisch argumentiert? Aus welchem Grund versucht Zilk die Wesensverwandtschaft der Gesinnung des Franz Fuchs zu einem gewissen Bewegungsführer und gewissen Massenblättern zu vertuschen? Sind in Österreich alle Rechten und Rechtsextremen vorsichtshalber unpolitische Eigenbrötler? Eurem Chronisten kommt dies sehr bekannt vor! Bevor durch die seinerzeitige Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes ein Verbot der offen nazistischen Organisationen (NDP, ANR usw.) erzwungen wurde, galten in denselben Kreisen, die jetzt so fanatisch Franz Fuchs als einzelgängerischen Psychopathen ohne politisch einordnbare Weltanschauung darstellen, praktisch alle Neonazis als harmlose einzelne Spinner, Uniformfetischisten, Militaria-sammler usw.

23. Dezember 1997: Die Einvernahmen von Franz Fuchs werden vorläufig abgeschlossen. Der mutmaßliche Bombenattentäter bleibt weiterhin der einzige "Bajuware".

5. Jänner 1998: Beim Grazer Landesgendarmeriekommando langt eine scharfe Briefbombe ein. Die Bauart weicht völlig von den bisherigen Briefbomben ab, ihre Sprengwirkung ist durch die Verwendung von Nitro-Penta wesentlich höher. Zuerst wird vermutet, der Sprengstoff stamme aus dem Ausland oder aus Heeresbeständen, dann klärt sich, dass Nitro-Penta auch aus Zündschnüren recycelt werden kann. Da es keine Bekennerbotschaften gibt, bleiben die Absichten, die mit der Bombe verbunden sind, im Dunkeln.

1. Februar 1998: In Oberwart wird zum Gedenken der vier Opfer des Bombenterrors vom 4.2. 1995 ein Mahnmal enthüllt.

2. Februar 1998: Nachdem Vermutungen auftauchten, die Behörden hätten gegen Franz Fuchs eigentlich keine Beweise über die Briefbombenserie, bestätigt die Grazer Staatsanwaltschaft das Vorhandensein ausreichender Materialien.

Erste Februarhälfte 1998: Schimanek junior stellt Antrag auf Freilassung (acht Jahre Haft wegen NS-Betätigung 1995), weil zwei der Geschworenen der Volksgruppe der Roma angehörten und nach dem Oberwarter Anschlag befangen gewesen sein könnten, seine Kreise nichts mit der Briefbombenserie zu tun hätten und andere Täter in gleich gelagerten Fällen geringere Strafen erhielten. Schimanek junior steht immer noch in Kontakt mit der "Hilfsorganisation für nationale Gefangene".

12. März 1998 News berichtet, dass nach einer Zeugenaussage der mutmaßliche Briefbombenattentäter Franz Fuchs während seiner Teilnahme an Geschichtsvorlesungen an der Grazer Uni im Sommersemester 1997 über die Geschichte der Bajuwaren in Begleitung eines anderen Mannes gekommen und gegangen sei.

25. März 1998: Die Ermittlungen gegen den der Briefbombenattentate verdächtigen Franz Fuchs stehen vor dem Abschluss, allerdings fehlen noch eine Reihe von Gutachten. Nach wie vor liegt kein Geständnis zu einzelnen Tatbeständen vor, da sich Fuchs hinter der "Bajuwarische Befreiungsarmee" versteckt. Der Prozessbeginn ist für Oktober geplant.

23.April 1998: Die Anzeige gegen Franz Fuchs ist fertig und wird demnächst der Grazer Staatsanwaltschaft vorgelegt werden. Sie umfasst 750 Seiten.

18.Mai 1998: Laut Profil würde Franz Fuchs *"es sofort wieder tun"*, bei seinen Vernehmungen soll er auch gesagt haben, ein Motiv für die "Bajuwarische Befreiungsarmee" sei der Umstand gewesen, dass es in der Regierung Vranitzky *"keinen deutschen Namen"* gegeben habe. Was lernen wir daraus: Der Fuchs war, wie uns schon die Kronen Zeitung so eifrig versicherte, überhaupt kein Rechtsextremer nicht.

20.Mai 1998: News bringt Auszüge aus den Vernehmungsprotokollen des Franz Fuchs. Demnach habe Fuchs gesagt, er bekomme sowieso lebenslänglich, egal ob als Beitragstäter oder Einzeltäter, aber *"wenn alles ein bisschen im dunklen bleibt, ist alles besser für meine Sache"*. Ganz besonders interessant ist eine Passage aus den Protokollen, in der sich Fuchs ausführliche Gedanken über seine "völkische" Zugehörigkeit macht. Er analysiert Kinn, Nase, Haare und Augen, kann sich aber nicht genau zuordnen: germanisch, keltisch? Oder gar slawische Einschläge? Warum sich ein Mensch, der laut wochenlangem Verlautbarungen der Kronen Zeitung kein Rechtsextremer ist, mit solchen Fragen auseinandersetzt? Als Einstiegsmotiv in die Bombenserie bezeichnet Fuchs den Umstand, dass in die Regierung Vranitzky nur neue Minister mit Namensendungen auf *"ic, ak oder al"* aufgenommen worden wären. Das Ausscheiden von Innenminister Löschnak aus der Regierung bedauert er, da dieser *"ein vernünftig denkender Mensch war"*. Die vier Toten in Oberwart seien nicht beabsichtigt gewesen, *"ich kann nichts dafür, dass die Zigeuner sich in der Nacht an dem Schild zu schaffen machten"*, die Bombe hätte durch einen Zeitzünder explodieren sollen.

4.Juni 1998: News bringt Auszüge aus den Vernehmungsprotokollen von Franz Fuchs. Dort heißt es zum Beispiel: *"Ich sehe ein, warum ich sitze, ich bin ja nicht unschuldig: Aber es gibt nichts zu gestehen. Gestehen tun die Verbrecher, und ich sage, die Verbrecher sind die anderen, zum Beispiel die Adressaten der Briefbomben, weil das die sind, die die Regierung am meisten vorangetrieben haben in ihrem Bestreben, die Ausländer hereinzulassen."* Oder: *"Die Abwehr der Diskriminierung der Volksgruppe der Deutschösterreicher ist eine gute Sache. Wenn es nicht anders geht, auch mit Waffengewalt."* Die einen setzen sich in der Zeitung ein für die Deutschösterreicher, die anderen im Parlament und wenn das alles nichts nützt, dann baut man Briefbomben.

2.Juli 1998: Gegen den mutmaßlichen Bombenattentäter Franz Fuchs fällt ein zivilrechtliches Urteil. Eine Hinterbliebene des Oberwarter Anschlages hatte auf Ersatz der Folgeschäden des Attentates geklagt. Da sich Fuchs diesem Verfahren nicht stellte, erfolgte in Abwesenheit ein sogenanntes Versäumnisurteil zugunsten der Klägerin. Versäumnisurteile werden verhängt, wenn der Geklagte rechtsgültig zur Verhandlung geladen wurde und aus Gründen, die er zu vertreten hat, nicht zur Verhandlung erscheint, sie sind kaum zu revidieren. Fuchs ist wohl deswegen dem Verfahren ferngeblieben, um dort nicht in einem Nebenverfahren zu den mutmaßlichen Straftaten Stellung nehmen und Aussagen machen zu müssen.

Mitte Juli 1998: Die Rohfassung der Anklageschrift gegen Franz Fuchs ist fertig. Der Prozess wird aber wahrscheinlich nicht wie geplant im Oktober beginnen können.

Der Prozess gegen Franz Fuchs

15. September 1998: Die Anklage gegen Franz Fuchs ist fertig, der Prozess gegen den des Bombenterrors Verdächtigen soll Anfang 1999 in Graz beginnen.

5. Okt. 1998: Die Anklage gegen Franz Fuchs ist rechtskräftig: Vierfacher Mord, zweifacher Mordversuch, mehrfache schwere Körperverletzung u.a.m. werden dem Verdächtigen vorgeworfen.

20. Oktober 1998: Der mutmaßliche Bombenbauer Franz Fuchs erhält einen neuen Pflichtverteidiger.

27. Okt. 1998: Eine Fuchs-Aussage (laut Profil): *"Heute sehe ich nicht ein, dass einer, der einen jüdischen Grabstein umwirft, gleich zehnmal soviel Strafe bekommt, als wenn er einen katholischen Grabstein umwirft."* Wie war das doch gleich? Franz Fuchs ist (laut Kronen Zeitung) kein Rechtsextremist? Mag insofern stimmen, als die obige Meinung vermutlich nicht nur unter Neonazis Zustimmung finden dürfte.

21. Jänner 1999: Die Grazer Staatsanwaltschaft veröffentlicht die Anklageschrift gegen Franz Fuchs. Der Beschuldigte wird als geistig abnorm eingestuft und sollte im Falle seiner Verurteilung in eine Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher eingewiesen werden. *"Aus forensisch-psychiatrischer Sicht liegt bei Herrn Franz Fuchs eine Persönlichkeitsstörung vor, welche sein Tatverhalten entsprechend determiniert hat"*, heißt es in einem Gutachten, Fuchs zeige *"ein Wahnsyndrom einer geistig-seelischen Abartigkeit von höherem Grade."*

Dazu könnte man sagen, dass niedrigere Grade derselben Krankheit auch bei gesinnungsähnlichen Politikern und Zeitungsschreiberlingen auffindbar sein dürften.

2. Februar 1999: In Graz beginnt unter großen Sicherheitsvorkehrungen der Prozess gegen Franz Fuchs, der angeklagt ist, als Bajuwarische Befreiungsarmee (BBA) Bombenanschläge verübt zu haben. Als der Angeklagte in den Gerichtssaal geführt wird, verkündet er seine Weltanschauung mittels gebrüllter Parolen. *"Es lebe die BBA, es lebe die deutsche Volksgruppe, Ausländerflut, nein danke, reinrassige Tschuschenregierung, nein danke, Denkmal für Küssel für die Verteidigung der deutschen Volksgruppe, deutschfeindlicher Rassismus, nein danke, Antigermanismus, nein danke, Blasphemisten, nein danke, kirchliche Duldung des feministischen Chaos und der kinderlosen Untergangsgesellschaft statt biblischem Patriarchengebotes, nein danke, Synagogen in Österreich statt Kirchen in Israel, nein danke, Bevölkerungsexplosion bei österreichischen Israeliten, nein danke, Umvolker und Völkermörder, nein danke, ..."* Fuchs wird mehrmals aus dem Saal gewiesen und fährt bei jeder Rückkehr fort, seine Parolen zu verkünden. Der heuer zum zehnten Todestag hochgelobte und zu Lebzeiten verdammte Dichter Thomas Bernhard hat die Österreicher als katholische Nazis pauschaliert. Nicht nur den Fuchs hätte er damit trefflich definiert. Verschiedene Zeitungen erhalten Briefe der BBA *"Wir als Kampftrupp der BBA wundern uns"*. Die Polizei sagt *"höchstwahrscheinlich wieder einer dieser schlechten Scherze"*.



Franz Fuchs vor Gericht

3. Februar 1999: Wieder ohne den Parolen brüllenden Fuchs geht der Prozess in Graz weiter. Eine Gruppe, auf die Fuchs am 2.2. vergessen hatte, kommt hinzu: "*Freimaurer, nein danke!*". Laut Psychiater ist der Angeklagte durchaus in der Lage, einer Gerichtsverhandlung zu folgen, er will aber nicht.

Es geht heute um den Bombenanschlag von Oberwart mit vier Toten. Die Hinterbliebenen der Opfer sagen aus. Der Pflichtverteidiger von Fuchs, Gerald Ruhri, kann zugunsten des Angeklagten die Aussage verbuchen, dass die Bombe auf einem sehr abgelegenen Straßenstück aufgestellt worden sei. Fuchs hatte ja ausgesagt, er hätte keine Menschen gefährden wollen.

3. Februar 1999: Die Kronen Zeitung titelt auf Seite 1: "*Fuchs brüllt Hassparolen*", in derselben Ausgabe dichtet Wolf Martin in den Wind:

*In Deutschland jedes Recht - wie fein! -
Doch nationaler Türke zu sein.
Dazu gilt's weiter als Skandal,
sofern ein Deutscher national.
Den Türken die Vermehrung! Und
Den Deutschen der Geburtenschwund!
Die Absicht ist nur allzu klar:
In Deutschland werde Deutsches rar.
Weist nicht schon auf dieses hin
Neu-Istanbul, genannt Berlin.*

Was ist nun der Unterschied zu den gebrüllten Hassparolen von Franz Fuchs? Klar, die Hassparolen vom Fuchs reimen sich nicht!

4. Februar 1999: Das Thema im Fuchs-Prozess ist die Bombe von Stinatz, die gegen die grüne Abgeordnete Stoisits gerichtet war. Sie war in der Nähe ihrer Wohnung deponiert, offenbar sollte sie als Grüne die Bombe in Dosenform zwecks Entsorgung aufheben. Experten stellen fest, dass die Schusskraft der Bombe tödlich gewesen ist, der verletzte Erich Preiszler hatte Glück, sich bei der Entsorgung des vermeintlichen Abfalls nicht direkt über die als Selbstschussanlage konstruierte Bombe gebeugt zu haben. Bevor Fuchs diesmal wieder aus dem Saal geführt wird, macht sich die Schriftstellerin Brigitte Schwaiger durch Zuruf bemerkbar: "*Franzi, kennst mi?*"

7. Februar 1999: Die Kronen Zeitung enthüllt mit Hilfe von Brigitte Schwaiger den "links"radikalen Hintergrund von Franz Fuchs. Der geschiedene Mann von Frau Schwaiger, Michael Genner, ein 68er-Anarcho, der seinem individuellen Zentralkomitee immer treu geblieben ist, war nämlich ein Zeit auch mit der Kooperative Longo Mai verbandelt. Nun, Franz Fuchs soll einstens (vor 13 Jahren) bei einer oder mehrerer Veranstaltungen dieser Kooperative anwesend gewesen sein, Brigitte Schwaiger kennt ihn von dort. Inzwischen liebt sie ihren Genner erkennbar nimmer so sehr, daher vertraut sie der Krone beispielsweise auch an, dass die Verwendung der Floskel "*dasunddas, nein danke*" habe es auch früher und zwar linksseitig schon gegeben, daher komme der Fuchs aus dem linken Lager.

Klar und einsichtig, schließlich ist es ja auch völlig egal und ganz dasselbe, ob einer "*Atomkraft, nein danke*", oder "*reinrassige Tschuschenregierung, nein danke*" ruft. Eine ganz logische Folgerung! Man staunt hinterher, wieso der Martin, der Dichand, der Gnam, der Strudl und der Staberl nicht von selber auf diese naheliegende Idee gekommen sind. Aber hin und wieder greift auch die Kronen Zeitung auf die geballte Hirnkraft österreichischer Dichter und Denker zurück! Jawohl Frau Schwaiger, Millionen Krone-Leser werden zukünftig ihre Bücher kaufen, weil sie auch so intellektuell wie Sie werden wollen!

Wie in der Folge bekannt wird, hatte Brigitte Schwaiger, der im Zuge des Scheidungsverfahrens "*erhöhte paranoide Reaktionsbereitschaft*" attestiert wurde, Kontakte zur FPÖ und zu einem Journalisten, der erfolglos versuchte, Kontakte zwischen Longo Mai und der BBA zu entdecken.

8. Februar 1999: Die Aussage des Schauspielers Alexander Wächter beschäftigt die Behörden und die Öffentlichkeit. Dieser sagt, er habe vor zwei Jahren Franz Fuchs mit einem ihm persönlich bekannten niederösterreichischen Neonazi in einem Wiener Gasthaus gesehen. Nach der Festnahme von Fuchs habe er dies sofort der Polizei mitgeteilt, dort habe es aber niemanden interessiert.

9. Februar 1999: Nix Neues in Graz: Fuchs wird nach dem Brüllen seiner Parolen abgeführt. Heute geht es um den Anschlag auf die zweisprachige Schule in Klagenfurt, bei dem der Polizist Theodor

Kelz beide Hände verlor.

9.Februar 1999: Zur Aussage von Wächter, er habe Fuchs in Begleitung eines bekannten Neonazis gesehen, sagt Sicherheitschef Sika, es habe sich dabei nicht um Fuchs, sondern um einen "Doppelgänger" gehandelt.

10.Februar 1999: Fuchs wird zu seinem Prozess nicht mehr vorgeführt. Wenn er sich bereit erklärt, zuzuhören, kann er teilnehmen, ansonsten bleibt er vom weiteren Prozessverlauf ausgeschlossen.

11.Februar 1999: Im Fuchs-Prozess geht es mit diversen Zeugenaussagen weiter.

12.Februar 1999: Beim Fuchs-Prozess werden vom Lokalaugenschein in Gralla 1997 Videoaufnahmen vorgeführt. Franz Fuchs erklärt die Motive seiner BBA: Die Spitzenpositionen in Wirtschaft und Politik seien durch Slawen besetzt worden, als er die Ministerliste der Regierung Vranitzky las, sei er sich als Deutschösterreicher als Minderheitenangehöriger vorgekommen. Wenn die BBA nicht eingegriffen hätte, hätte sich die slawische Völkerwanderung fortgesetzt. Aber im Winter 1996 seien die politischen Ziele der BBA im großen und ganzen erreicht gewesen, Vranitzky, Busek und Scholten wären weg gewesen, mit Klima sei alles anders geworden, der sei noch mit der Lederhose aufgewachsen, die rassistische Diskriminierung der Deutschösterreicher wäre zu Ende gewesen.

Also wir haben eigentlich immer geglaubt, der Haider treibe die Altparteien vor sich her und die KRONEN ZEITUNG habe zur Abdankung von Busek und Scholten viel beigetragen. Da stellt sich jetzt heraus, es waren die Briefbomben, die für eine ordentliche Regierung und eine anständige Ausländerpolitik gesorgt haben!

17.Februar 1999: Da der Pflichtverteidiger von Fuchs, Gerald Ruhri, es mit seinem Klienten nicht gerade leicht hat, konzentriert er sich weiterhin darauf, Fuchs als kleinen Mittäter darstellen zu wollen. Er bringt dazu eine dubiose Briefbombenserie in Rumänien ins Spiel. Ruhri glaubt Übereinstimmungen im Schriftbild der Bekennerbriefe festgestellt zu haben, was sich allerdings sehr rasch als Irrtum herausstellt, die "A", "g", "4" und "9" unterscheiden sich schon von weitem.

18.Februar 1999: Helmut Zilk hat beim Fuchs-Prozess seinen großen Auftritt.

19.Februar 1999: Weitere Opfer der Briefbombenserie sagen beim Prozess aus. Die Flüchtlingshelferin Maria Loley weist mit ihrer Aussage auf einen Aspekt hin, der allgemeinpolitisch gegen die "Einzeltätertheorie" spricht: Für sie war die Briefbombe der Höhepunkt einer Serie von Beschimpfungen und Bedrohungen. Sie verlegte ihren Wohnsitz und Tätigkeit nach Wien. Festgehalten soll auch die Aussage von Franz Fuchs zu Motiv des versuchten Anschlages auf Lotte Ingrisch werden, nicht weil sie die Stiefmutter von Kaspar Einem ist, sondern weil *"sie ein gottelästerliches Libretto geschrieben (hat). Sie war eine der ersten, die den Glauben lächerlich gemacht hat."* Womit wir wieder bei der Österreicher-Definition von Thomas Bernhard wären: katholisch und nationalsozialistisch.

24.Februar 1999: In Graz geht es heute um die Vorfälle bei der Festnahme von Franz Fuchs.

25.Februar 1999: In Graz sagen Sachverständige zu den BBA-Bekennerbriefen aus. Zum historischen Teil heißt es, dass die Daten hierzu von jedermann aus einem Buch wie der weit verbreiteten "Geschichte der Steiermark" entnommen werden könnten, die Briefe stammten von *"einem historisch interessierten, aber wenig gebildeten Laien"*. Die Sicherheitskräfte hatten seinerzeit nach einem "Hobbyhistoriker", der sich mit der bajuwarischen Besiedlung Kärntens beschäftigt hat, geforscht.

Ein Oberösterreicher meldet sich, der vor Beginn der Briefbombenserie auf einem Autobahnparkplatz ein Flugblatt der BBA gefunden haben will. Das Flugblatt wurde vom angeblichen Finder nicht aufbewahrt, das Gericht hält eine Befassung damit für unnötig.

2.März 1999: In Wien und Niederösterreich finden drei Hausdurchsuchungen wegen des Verdachtes der Versendung von BBA-Bekennerbriefen statt, darunter auch beim einschlägig bekannten Gerhart Pawlikowsky .

2.März 1999: Kriminalpsychologe Thomas Müller schildert dem Gericht, wie mit gezielten Informationen und Desinformationen die BBA in Stress versetzt wurde, was dann auch zur Panikreaktion von Fuchs geführt habe, der sich observiert fühlte. Der Psychiater Reinhard Haller bezeichnet Fuchs als eigenbrötlerisch, hochempfindsam, hochtalentiert, von Qualitätsehrgeiz zerfressen, übergenu.

3.März 99: Beim Fuchs-Prozess sagt der Sprengsachverständige Ingo Wieser aus. Die gefährlichste Bombe aus der mutmaßlichen Produktion von Fuchs sei die Blumentopfbombe in dessen Wohnräumen gewesen, die auf 30 bis 40 Meter Entfernung tödlich gewirkt hätte.

Die Suche nach einem Labor zur Sprengstoffherstellung kann auch beendet werden, der Sachverständige führt es dem Gericht vor: Die Grundstoffe sind von jedem im Handel problemlos erhältlich, zur Herstellung von Nitroglyzerin genügt dann eine Filterkaffeemaschine. Wieser präsentiert den Geschworenen im Gerichtssaal hergestelltes Nitroglyzerin.

9.März 1999: In Graz geht der Bomber-Prozess zu Ende. Der Staatsanwalt verlangt lebenslang für Fuchs als Einzeltäter, der Verteidiger sieht im Angeklagten höchstens einen Mittäter und bestreitet die Tötungsabsicht. Als Schlusswort lässt Fuchs wieder die BBA hochleben und brüllt auch *"Rot ist der deutschen Volksgruppe Tod"*. Das wird die Kronen Zeitung bestimmt wieder für eine linksradikale Parole halten.

10.März 1999: Urteil gegen Franz Fuchs: Lebenslänglich, u.a. wegen vierfachen Mordes, Einweisung in eine Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher. Die Geschworenen sind sich einig: Die BBA bestand nur aus Fuchs. Er wird vom Richter und vom Verteidiger in seiner Zelle über das Urteil informiert, er schweigt dazu. Franz Fuchs mag also definitiv ein Einzeltäter gewesen sein. Inhaber einer Einzelgesinnung ist er ganz bestimmt keiner!

16.März 1999: Das Urteil gegen Franz Fuchs (lebenslänglich wegen vierfachen Mordes und anderer Delikte) ist rechtskräftig. Der Bomber von Gralla hatte keine Rechtsmittel gegen das Urteil vom 10. März ergriffen.

Vorerst unerledigt ist die Verteilung der ausgelobten Belohnung. Da die beiden Frauen, die die Gendarmerie auf Fuchs aufmerksam machten, dies aus Gründen taten, die nicht im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen standen, wird überlegt einen Teil der 10 Millionen den Opfern von Fuchs zukommen zu lassen.

23.Mai 1999: In Langenstein im Mühlviertel wird ein 18jährige festgenommen, der höchst gekonnt eine Serie von Briefbomben herstellte und den Versand an österreichische Spitzenpolitiker plante. Als sein Vorbild bezeichnete Marko B. den verurteilten Briefbomber Franz Fuchs. Aufgeflogen war die Sache, weil der mutmaßliche Täter alkoholisiert mit Sprengstoffanschlägen drohte. Den ersten versandfertigen Bombenbrief hatte er nur "an den Bundeskanzler" adressiert, wie der heißt, war ihm so genau nicht bekannt.

16.Juni 1999: Da der Hinweis, der zur Festnahme von Franz Fuchs führte, nicht im Zusammenhang mit dessen terroristischer Tätigkeit gestanden war, will man die ausgelobte Ergreiferprämie von zehn Millionen Schilling nicht in voller Höhe auszahlen. Vor Gericht vergleichen sich die Republik Österreich und die Hinweisgeber auf sechs Millionen. Die FPÖ, die seinerzeit eine eigene Ergreiferprämie ausgesetzt hatte (warum wohl?), hat ihre Belohnung bereits ausbezahlt.

27.August 1999: Nachdem die ausgehandelte Belohnung für die Ergreifung des Bombenmörders Fuchs immer noch nicht ausbezahlt ist, bringt der Anwalt der Anspruchsberechtigten eine Exekutionsklage gegen die Republik ein.

28.Jänner 2000: Österreich zeigt sich wieder einmal voll in seiner Tradition: In Oberwart erhält die Straße, die zur Ghetto-Siedlung der Roma führt, wo 1995 vier Menschen durch den Bombenanschlag der "Bajuwarischen Befreiungsarmee" des Franz Fuchs ermordet wurden, den Namen "Dr. Smital-Weg". Dieser Smital war Spitalsprimar und seit 1933 illegaler Nazi, 1937 Gau-Ärzteführer, Mitglied von SA und SS. 1949 wurde er als belasteter Nazi vom Bundespräsidenten begnadigt. Zur Straßenbenennung meint der Oberwarter Bürgermeister Racz (ÖVP), damals sei "jeder" Nazi gewesen. Nach heftiger Kritik durch SOS-Mitmensch überlegt der Bürgermeister, ob man nicht doch einen anderen Namen für die Straße wählen könnte.

26.Februar 2000: Franz Fuchs begeht in der Haftanstalt Selbstmord durch Erhängen. Sein Tod wird relativ kommentarlos zur Kenntnis genommen, seine Geschicklichkeit (sich ohne Hände aufzuhängen) gewürdigt.

Irgendwann im Frühjahr 2000: In Oberwart wird die Straßenbenennung nach dem illegalen Nazi-Arzt Dr. Smital zurückgenommen, die Straße heißt jetzt "Wartweg".

1.September 2000: Der ehemalige Sicherheitsgeneraldirektor Michael Sika veröffentlicht seine "Memoiren". Er zerschmettert die Weltfeinde aller Sikarischen, die Linkslinlinslinken, die Ursache al-

les Übels sind. Z.B. den seinerzeitige Innenminister Einem, der partout der Meinung war, die Bombenanschläge kämen aus der rechtsextremen Szene. Sika und die vorabdruckende KRONEN ZEITUNG sind immer noch davon überzeugt, dass Briefbomber Fuchs überhauptst kein Rechter nicht war. Bloß nur ein Einzelspinner.

22.April 2001: Der ORF sendet den "Briefbomber", einen Film nach Motiven der Anschläge des Franz Fuchs. Das Produkt ist absoluter Schmarrn und dient nur zur Entlastung des österreichischen Rechtsextremismus, weil der "Bomber" auch gesinnungsmäßig als Einzeltäter hingestellt wird. Eine ausländerfeindliche Partei kommt im Film überhaupt nicht vor, dafür ein böser und dummer Innenminister. Der Film-Fuchs ist als stumme Rolle angelegt - damit erspart man den österreichischen Fernsehzuschauern auch dessen lautstarke rechtsextreme Bekenntnisse. Übrigbleiben: ein verrückter Attentäter, der keine politischen Motive zu haben scheint, ein verantwortungslos handelnder Innenminister, ein allwissender Psychologe, unschuldig angeklagte Neonazis (diese werden im Film freigesprochen und nicht wegen NS-Betätigung zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt!) und ein glückliches Österreich, dessen rechtsextreme Szene aus einem einzigen verrückten Bombenbastler bestand, der "es" letztlich bloß dem Innenminister und der Polizei "zeigen" wollte.

Ende

Nachtrag: Der 2007 gedrehte Film "Franz Fuchs - ein Patriot" hat die Scharte mit dem oben angeführten Machwerk von 2001 ausgewetzt, auf prisma.de heißt es über diesen Film:

Franz Fuchs - Ein Patriot

Dokudrama, Österreich 2007, Regie: Elisabeth Scharang, Buch: Elisabeth Scharang und Karl Goldblat, Kamera: Helmut Wimmer. Autor: Vernehmungsprotokolle. Musik: William Franck, Produzent: Dieter Pochlatko. Mit: Karl Markovics, Hubert Kramar, Stefan Puntigam.

Fünfzehn schwer Verletzte und vier Tote sind die Bilanz des schwersten politischen Verbrechens der Zweiten Republik. Der Briefbomber Franz Fuchs sah seine Verbrechen als Dienst an der Gemeinschaft. Das faszinierende Psychogramm eines widersprüchlichen Menschen, der vor allem eines sein wollte - ein Patriot. 10 Jahre nach der Verhaftung des Briefbombers Franz Fuchs im Oktober 1997 rollt Elisabeth Scharang in ihrem Dokudrama den "Fall Fuchs" anhand der Vernehmungsprotokolle noch einmal auf.

